

softmöde

Anzeigenvorpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zlote für die achtige vallene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wied erholungen 10%liche Ermäßigung.

Das Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens

Bonnemont: Bierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 31., durch die Post bezogen monatlich 4.00 31. Zu beziehen durch die Hauptgefäßstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königschütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolportenre.

Moderation und Geschäftsführer: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postkonto: P. K. O. Filiale Kattowitz, 300 174. — Gerechtsame: Kattowitz, ul. 260, 11. Okt. 1945.

Polens friedliche Absichten

Die Antwortnote an die Mächte — Keine Angriffsabsichten gegen Litauen — Forderung nach Aufhebung des Kriegszustandes — Der Wilnastreit beigelegt?

W a r s c h a u . Im Zusammenhang mit der von der litauischen Regierung an das Generalsekretariat des Völkerbundes mit Berufung auf Artikel 11 des Völkerbundpaktes gegen die polnische Regierung gerichteten Beschwerde fand Montag im Außenministerium eine Konferenz statt, der auch Marshall Bilsjadski bewohnte. In dieser Konferenz wurde beschlossen, an die Regierungen sämtlicher Staaten, mit denen Polen diplomatische Beziehungen unterhält, eine Note zu richten, in der der Standpunkt der polnischen Regierung im polnisch-litauischen Streit klar gelegt wird. Die Note, die sofort versandt wurde, hat folgenden Wortlaut:

dazu benützen werden, diesen Kriegszustand zu beenden, was einem lang gehegten Wunsche der polnischen Regierung entsprechen würde.“

Berlin. Im Auswärtigen Amt wurde am Montag abend die polnische Note überreicht, die auch den anderen europäischen Mächten übergeben worden ist. Die deutsche Regierung wird eine schriftliche Antwort nicht ertheilen, da man annimmt, daß in Genf über diese Frage verhandelt werden wird.
Die Ruffaltung bestätigt sich jetzt, daß die Verhandlungen in

Die Auffassung bestätigt sich jetzt, daß die Verhandlungen in Genf über die polnisch-litauischen Streitigkeiten angesichts des geschickten Inhalts der polnischen Note recht kurz sein werden, und daß der Rat sich wahrscheinlich mit einer Erklärung Polens die im Sinne der Note gehalten ist, zufrieden geben wird. Die Verhandlungen in Genf können sich nur noch auf die Frage erstrecken, ob die Polen in der Note betonte Forderung nach Zurückziehung des Kriegszustandes durch Litauen erfüllt werden soll. Grundsätzlich werden England und Frankreich mit dieser Forderung sicher einverstanden sein, und es ist möglich, daß auch Deutschland diese Forderung unterstützt. Zumal Litauen vorläufig keine Aussicht hat, Wilna, dessen Zugehörigkeit zu Polen 1923 vom Völkerbundsrat einmal formell anerkannt ist, zu erhalten. Der litauische Ministerpräsident ist in dieser Frage ohne Unterstützung Englands und Frankreichs und auch mögl. einer Mehrheit des Völkerbundsrates.

Nur zum polnisch-litauischen Streit Rusludsk's Genfer Reise.

Warichau. Wie das Abendblatt "ABC" meldet, wird Mirschall Pilsudski voraussichtlich am 14. Dezember die Reise nach Genf antreten, um an der Ratstagung in Genf, die den polnisch-litauischen Streit behandeln soll, teilzunehmen.

Schlusshafft

Niemand hätte nur ein Wort der Verteidigung gegenüber beiden Kammern benutzt, hätte sich die Regierung Pilсудski dazu entschlossen, bald nach dem Maiumsturz Neuwahlen auszuschreiben. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß diese Wahlen den neuen Staatslenkern eine sichere Parlamentsmehrheit mit den Parteien der Linken gebracht hätte. Aber man wollte erst Versuche anstellen, ob es sich gegenüber der parlamentarischen Regierungsauffassung nicht mit Drohungen arbeiten läßt. Die Versuche waren mit Erfolg begleitet, man legalisierte den Staatsstreich und nun waren die neuen Herrscher der Meinung, daß es immer so gehen muß. Die Opposition sah ein, welche Macht sie in die Hände der neuen Regierung gelegt hat. Die Vollmachten sollten gleichzeitig das Ende des parlamentarischen Systems bedeuten. Und so kam es auch; die dann einzehende Opposition war versiegt, die Regierung tat, was ihr gerade passte, hielt sich an den Formelkram der Verfassung und wo diese nicht ausreichte, halfen die Auslegungen nach, sodat bis zur Auflösung alles in Ordnung ist. Man war gnädig und hat einen längst toten Sejm und Senat nochmals eines natürlichen Todes sterben lassen.

lichen Todes herben lassen.
Die Ausschreibung von Neuwahlen dürfte wohl in den nächsten Tagen erwartet werden, vorausgesetzt, daß nicht irgend welche außerordentlichen Momente diese Wahlaus- schreibung noch um einige Tage oder Wochen hinauszögern. Aber das bleibt sich schon gleich, zunächst besteht die gute Absicht, Neuwahlen auszuschreiben. So sicher ist bei uns nichts, Überraschungen sind immer möglich. Aber nicht den neuen gelehzbenden Kammern sei unsere Aufmerksamkeit gewidmet, sondern, wie die aufgelösten ihr Dasein fristeten. Als der verfassunggebende Sejm im Sommer 1922 seine Tore schloß, waren die reaktionären Parteien siegesbewußt, daß ein für alle Male in diesem Polen die Würte das Vorrecht erlangen werden. Zu diesem Zweck hat man auch eine Wahlordnung geschaffen, von der gesagt wurde, daß sie der polnischen Nation die Mehrheit sichere und daß sie die Minderheiten Polens nicht zur Geltung kommen lassen werde. Unter dem Zeichen des Nationalismus ging man in die Wahlen, man war siegesbewußt und die Wahlen ergaben auch eine Mehrheit, die Polen unter den verschiedensten Regierungen zur Katastrophe führte. Hinzukam die Wirtschaftskrise, ein Parlament, welches seiner Aufgabe nicht gewachsen war, der Partizkampf nahm Formen an, der in Krakau 1923 zu Straftatenführten. Man griff zu Koalitionen, die naturgemäß unhaltbar waren, weil sie lediglich dem Parteiinteresse dienstbar gemacht wurden und so kam mit Ausnahme der nationalen Minderheitsparteien keine einzige Partei von sich behaupten, daß sie mehr oder weniger nicht einen Schuldanteil an diesem System hat. Mehr als 20 Parteien haben sich um die Mandate zum Sejm beworben und als sie ins Parlament einzogen, machte sich ein Auf-

Die Auflösung des Geim und des Senats vollzogen

Neuwahlen werden in den nächsten Tagen ausgeschrieben

W a r s c h a u . Am gestrigen Montag überreichte der Sekretär des Ministerrats, der Deutnant Jacwilchowski, den Büros des Sejm und Senats das Auflösungsdekret beider gesetzgebenden Kammern. Das Dekret ist vom Staatspräsidenten unterzeichnet und vom Ministerpräsidenten Piłsudski gegengezeichnet. Es wird in demselben auf die Artikel 26 und 36 der Verfassung verwiesen, nach welchen die gewählten gesetzgebenden Kammer am 28. November nach Ablauf ihrer Kadenz als aufgelöst gelten.

Die Regierungsblätter bestätigen, daß Neuwahlen innerhalb 7 Tagen ausgeschrieben werden, die dann der Verfassung entsprechend, im Verlauf von 90 Tagen stattfinden sollen. Mit besonderer Genehmigung wird seitens der Regierungspreße registriert, daß die Freikarten der Abgeordneten mit dem 28. November ihre Gültigkeit verloren haben und die Regierung den Antrag auf Verlängerung der Abgeordnetenkarten abgelehnt habe. Nur für das Präsidium des Sejms und Senats, also für die Marschälle, gelten die Freikarten weiter, da der Senats- und Sejmsschall bis zur Durchführung der Neuwahlen und Einberufung der neuen Kammern ihres Amtes walten.

Das Urteil über Gorjanty

Das Marcialgericht über die Subventionen an Korfany.

Waschau. Die der Regierung nahestehende Presse berichtet heute über ein vernichtendes Urteil über die Täglichkeit des Abgeordneten Korsanty. Der Wortlaut ist noch nicht bekannt und darum muß erst abgewartet werden, wie das vernichtende Urteil lautet. Die drei Fragen, die dem Marschallgericht vorlagen, sind dahin beantwortet worden, daß es nicht erwiesen ist, daß Korsanty durch seine Steuerdeklarationen bestraft habe, die Staatskasse zu schädigen. Es wird aber nicht gesagt, ob auch Momente vorhanden sind, die eine solche Annahme zulassen. Der zweite Fall betreffend der Subventionen der Korsantischen Unternehmungen, seine Blätter „Reszepspolita“ und „Polonia“ kommt das Marschallgericht zum Ergebnis, daß es unhaltbar ist, daß ein Abgeordneter und „seiner“ Publizist Subventionen aus Quellen zieht, deren Absichten unbekannt sind. Es wurde festgestellt das Korsanty im Laufe der Jahre vom Berg- und Hüttenmännchen Verein mehrere Millionen Zloty zum Ankauf seiner Blätter und zur Aufrechterhaltung, bestimmte Zuflüsse erhielt. Hier liegt ein Mißbrauch des Abgeordnetenpostens vor. Im dritten

Halle betreffend seinen Posten bei der „Bank Slask“ wird festgestellt, daß Korsantys Haltung nicht zu billigen sei und daß er als Abgeordneter seine Stellung in der Bank in sich braucht habe. Damit wären mit Ausnahme der Steuerfragen die Behauptungen der Regierungsresse erwiesen und über Korsanty das Urteil gefällt. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen, wenn uns der Wortlaut des Urteils des Marschallgerichts vorliegen wird.

Es bleibt nun eine zweite Frage offen, ob nur Korsanty schuldig ist oder auch nicht die Drahtzieher der Berg- und Hüttenmännischen Vereins, die die Subventionen gezahlt haben. Denn ohne Mithilfe des Berg- und Hüttenmannes hätte Korsanty seine unheilvolle Tätigkeit nicht ausüben können. Nicht nur wer Bestechungen annimmt, schuldig, sondern auch der, der sie gibt. Und die Rolle des Herrn Geisenheimer wäre auch noch zu klären. Weiter die Frage, für welche Versprechungen hat die oberösterreichische Großindustrie Korsanty Millionen subventionen gegeben. Hier hat insbesondere die Arbeiterschaft an Klärung der Fragen ein Interesse. Für notwendige Lohnerhöhungen gibt es in der Industrie keine Gelder. Für Korruptionen zwecklosen Millionen. Arbeiter meint euch das bei den kommenden Wahlen.

Woldemaras über die Voraussetzungen einer Verständigung mit Polen

Berlin. Wie die Abendblätter berichten, erklärte der litauische Ministerpräsident Woldemaras in einer Unterredung mit einem Pressevertreter auf dessen Frage, ob die gegenwärtige litauische Regierung bereit wäre, durch Verzicht auf Wilna wieder normale Beziehungen zu Polen aufzunehmen, mit größter Entschiedenheit, daß keine der litauischen Parteien bereit sei, einen solchen Verzicht auszusprechen, am allerwenigsten seine eigene Partei. Er sei bereit, normale Beziehungen mit Polen wieder aufzunehmen, wenn eine befriedigende Versöhnung mit Polen hinsichtlich Wilna erreicht und Polen die Bereitwilligkeit zeigen würde, die Unabhängigkeit Litauens zu achten.

Lösungsprozeß geltend, der auch heute noch anhält, denn nur wenigen Parteien ist das Schicksal der Sezessionen erspart geblieben. Die Reaktionsparteien hatten noch die beste Geschlossenheit aufzuweisen, bis auch ihnen der Maiumsturz eine Bresche legte und sie eigentlich zerrüttet in den Wahlkampf ziehen werden. Über verschiedene Vorgänge haben auch den nationalen Minderheitsblock einen Stoß versetzt, auch er wird nicht mehr die Geschlossenheit von 1922 aufzuweisen haben. Und das kommende Bild berechtigt zu keinen Hoffnungen, wenn die Verhältnisse nicht eine grundlegende Umgestaltung erfahren. Aber hier wird die Zeit erst ein ruhiges Urteil zulassen.

Wenngleich die Arbeiterklasse an der Wiedererstehung des polnischen Staates von jeher den größten Anteil nahm, so war ihr im letzten Parlament nicht das Glück beschieden, führend zu wirken. Die P. S. war trotzdem eine einflussreiche Partei, sie mußte aber im Interesse des Staates oft zu Kompromissen greifen, die sie später bei den Massen schwer verteidigen konnte. Und auch heut ist die Situation so, daß die P. S. die einzige Partei ist, die es mit der Demokratie und dem Parlamentarismus, mit dem Schutz der nationalen Minderheiten ernst nimmt. Die anderen Parteien außerhalb des Regierungslagers denken über die Demokratie auf eigene Art, sie benötigen sie im Kampf gegen das gegenwärtige System und würden ihr die Demokratie in Anwendung bringen, wie etwa heut die Auslegung der Verfassung betrieben wird. Die ausgesprochenen Rechtsparteien träumen auch heut noch vom Faschismus, geben dies aber nicht ganz offen zum Ausdruck, denn sie hätten sich dann der Mittel beraubt, gegen die jegliche diktatorische Regierungsform anzukämpfen. Aber ihnen allen liegt es daran, im kommenden Sejm die Mehrheit zu erlangen, um wieder an die Macht zu kommen und dann Rache zu nehmen, für das Unbill, welches ihnen die Regierung Piłsudski angetan. Die Arbeiterschaft selbst aber muß nach Wegen suchen, um eine solche Position im kommenden Sejm zu erreichen, die ihr auch einen politischen Anteil sichert. Dazwischen ist mit keiner der bürgerlichen Parteien und auch nicht mit den bürgerlichen nationalen Minderheiten erreicht werden kann, dürfte wohl jeder einsehen. Aber es kommt schließlich auch darauf an, wie weit die P. S. zu Kompromissen bereit sein wird. Darüber werden die kommenden Wochen Aufschluß geben. Die bisher getätigten Wahlen zu den kommunalen Körperschaften haben einen starken Rück nach links erwiesen. Im Auslande stehen die Wahlen im Zeichen sozialistischer Siege und es bleibt zu erwägen, ob auch wir in Polen nicht eine geschlossene Front bilden, im Interesse des sozialistischen Aufbaus, im Interesse der Arbeiterklasse.

—II.

Das Ergebnis der Wahlen in Anhalt

Halle. Nach Mitteilung des statistischen Landesamtes in Dessau haben bei den Kreistagswahlen in Anhalt gestern insgesamt erzielt:

die Kommunisten 15 308 Stimmen und 5 Mandate,

die Sozialdemokraten 75 992 Stimmen und 37 Mandate,

die Mietner und Demokraten zusammen 16 023 Stimmen und 7 Mandate,

die Einheitsliste 75 904 Stimmen und 36 Mandate.

Das amtliche Ergebnis der Gemeindewahlen entspricht im allgemeinen dem vorläufigen Ergebnis.

Der Kampf gegen das tschechische Bodenamt

Prag. Die klerikalen „Lidové Listy“ verlangen in ihrer Sonntagsnummer in einem scharfen Artikel gegen der willkürlichen Herabsetzung der Zuteilungsvorschriften für Grundstücke auf Wunsch einiger Politiker die Abänderung des Gesetzes über das Bodenamt.

Keine polnische Seekammer in Danzig

Danzig. Durch Entscheidung des Kommissars des Volksbundes ist ein Antrag Polens auf Errichtung einer eigenen Seekammer auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig abgelehnt worden, nachdem auch der Danziger Senat gegen diese Forderung Einspruch erhoben hatte.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sig Rohmer.

30)

Einige der großen Flaschen enthielten anatomische Präparate. Ein schwacher Opiumduft hing im Raum, und mit der Quaste eines der Küsten spielend, auf denen Fu-Mandschu wie auf einem Diwan saß, sprang und lärmte das Kleine Seidenäffchen.

Das boshafteste Antlitz des Doktors verriet nicht die geringste Überraschung; die Lippen flatterten über den verschleierten Augen, und das Grün wurde dann und wann leuchtender.

„Hände hoch!“ rief Smith scharf Tones. „Und versuchen Sie keine hinterhältigen Tricks!“ Seine Stimme bebte vor innerer Aufregung. „Das Spiel ist zu Ende, Fu-Mandschu! Such etwas, womit wir ihn binden können, Petrie!“

Ich drängte an Smith vorüber durch den Gang. Das Schiff bewegte sich unter uns wie ein lebendes Wesen, ätzte und stöhnte; eintönig klatschte das Wasser gegen die verfaulten Holzwände.

„Vorwärts! Hände hoch!“ kommandierte Smith zum zweiten Male.

Fu-Mandschu hob langsam die Hände. Ein Lächeln glomm auf seinen unerschütterlichen Mienen — ein Lächeln verrückter Drohung, das die verfärbten Zähne entblößte, aber die häutchenbedeckten Augen seelenlos matt, unmenschlich erscheinen ließ.

Seine leise Stimme zischte: „Ich möchte Herrn Doktor Petrie raten, sich erst umzusehen, bevor er einen Schritt weitergeht!“

Smiths scharfe graue Augen ließen keinen Moment von ihm. Sein blitender Revolverlauf bewegte sich nicht um Haarsbreite. Aber ich blickte hinter mich und erspähte mühsam einen Schrei des Wahns:

Ein gemeinsames, polennarbiges Gesicht, mit bleckenden Wolfzähnen und Augen, die von der Seite her in die meinen stierten, war keine zwei Zoll von mir entfernt. An seinem ausgezogenen Arm spannten sich die Sehnen wie Kabeltau. Die magere braune Hand hielt ein sichelähnliches Messer knapp ein Zentimeter oberhalb meiner Halsschlägader. Ein Hieb der furchterfüllten Waffe würde zweifellos meinen Kopf vom Rumpf trennen.

Litwinow beim Generalsekretär des Völkerbundes

Gen. Litwinow hat Montag abends in Begleitung des Generalsekretärs der Sowjetdelegation, Stein, dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummund, einen Höflichkeitssbesuch abgestattet. Anschließend suchte Litwinow den Direktor der Abrüstungskommission des Völkerbundes, Madariaga, auf, mit dem er eine längere Unterredung über den Stand der Abrüstungsverhandlungen sowie die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Abrüstungskommission hatte. Die übrigen Mitglieder der sowjetrussischen Delegation haben lediglich dem Generalsekretär sowie den Untergeneralsekretären des Völkerbundes ihre Karten zuführen lassen. Allgemein rechnet man damit, daß der vom Völkerbundessekretariat ursprünglich vorgeschlagene Abschluß der Tagung der Abrüstungskommission am Sonnabend nicht eingehalten werden wird. Man nimmt vielmehr an, daß die Debatten infolge der außerordentlich schwierigen zur Erörterung gelangenden Fragen bis Mittwoch oder Donnerstag der nächsten Woche hinzuhauen werden, so daß der Völkerbundsrat und die vorbereitende Abrüstungskommission zu gleicher Zeit in Genf tagen werden. Zunächst wird wohl der Brief des Gra-

fen Bernstorff an den Präsidenten Loubon zu einer längeren Debatte in der Kommission führen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die programatische Erklärung, die Litwinow voraussichtlich gleich zu Beginn der Verhandlungen über den grundlegenden Standpunkt der Moskauer Regierung zum Abrüstungsproblem abgeben wird. Auch der Haltung der amerikanischen Delegation, insbesondere auf die Bildung des Sicherheitsausschusses sieht man mit großer Spannung entgegen. Die bevorstehende Tagung der Abrüstungskommission gewinnt durch die Teilnahme der sowjetrussischen Delegation, ferner durch die in die Abrüstungsverhandlungen eingehaltete Debatte über die Sicherheitsgarantie außerordentliche Bedeutung, so daß allgemein der Eindruck besteht, daß die bevorstehende Tagung voraussichtlich von entscheidender Bedeutung für die gesamten weiteren Abrüstungsverhandlungen sein wird. Es ist unter diesen Umständen völlig unverständlich, aus welchem Grunde die Einberufung der Abrüstungskommission zu einem Termine vorgenommen worden ist, der, wie ursprünglich vorgesehen war, nur eine viertägige Dauer der Verhandlungen ermöglicht hätte.

England billigt den polnischen Standpunkt

London. Die Morgenblätter beschäftigen sich in Leitartikeln mit dem litauisch-polnischen Konflikt, in denen allgemein die Auffassung vertreten wird, daß die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes zwischen Polen und Litauen bestoßt, daß aber die Lösung der Wilnafrage durch den Völkerbund nunmehr keine Verzögerung mehr erlaubt. Die „Times“ unterstreichen in einem bemerkenswerten Leitartikel die wichtige Rolle, die Deutschland in diesem Konflikt spielt und betonen, daß nunmehr festste, daß die Polen zugeschriebenen aggressiven Thesen gegen Litauen sich als unbegründet erwiesen hätten. Die Sowjetregierung habe in den letzten Tagen versucht, die Schwierigkeiten durch Verbreitung wilder Gerüchte und Unterstreichung der Schlimmsten Absichten Polens zu vermehren. Während in den Nachrichten aus den Ossizentren zugleich gehalten wird, daß die russische Note an Polen eine Aktion gegen Litauen darstellt, wird in dem Artikel die Note als gegen Polen gerichtet bezeichnet. Sie stelle allerdings nur eine leere Geste dar, da bei dem gegenwärtigen Zustand Sowjetrusslands es im höchsten Grade unwahrscheinlich sei, daß sich Russland für Litauen oder für irgend jemand anderen in kriegerische Verwicklungen einlassen werde. Die Möglichkeit einer Lösgung während der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates hängt wesentlich davon ab, ob Litauen auf vernünftige Argumente reagiere. Ein großer Teil hängt auch von Deutschland ab. Da die Integrität und Unabhängigkeit Litauens, an der Deutschland und Russland interessiert seien, nicht durch Polen gefährdet werde, sei zu hoffen, daß Deutschland in Genf die sowjetrussische Auffassung nicht unterstützen werde. Dr. Stresemann habe durch seine versöhnliche Intervention bei den deutsch-polnischen Handelsverhandlungen neuerdings wieder sehr viel Gutes für die Herstellung des Friedens in Osteuropa getan. Viel von diesem nützlichen Schritt werde umsonst sein, wenn die deutsche Regierung sich nun der russischen Auffassung anschließen würde. Die jedem Kompromiß abgeneigte Haltung Litauens gegenüber Polen sei zum großen Teil geführt gewesen auf die Hoffnung auf Intervention seitens seiner mächtigen Nachbarn, Deutschland und Russland.

Der „Daily Telegraph“ betont in einem Leitartikel gleichfalls, daß sich die polnische Regierung bisher korrekt benommen habe und daß die namenlich von Moskau ergreifenden Befürchtungen sich bisher als unbegründet erwiesen hätten.

Abrüte von Hommel nach Genf

Borher Besuch in Warschau.

Danzig. Der Danziger Völkerbundskommissar hat am Sonnabend Danzig verlassen, um sich nach Genf zu begeben. Zunächst ist er aber noch nach Warschau gefahren, angeblich, um dort persönliche Besuche zu machen. U. a. will er den dortigen Kompräfektur und dem polnischen Außenminister Józef Beck besuchen.

In Danzig fällt diese Reise im Hinblick auf Danzigs polnischen Streitfälle, die auf der Tagesordnung der kommenden Gen-

fest-Völkerbundtagung stehen, allgemein auf, da sie den Anschein erweckt, als ob van Hommel, der als Polenfreund bekannt ist, sich noch besondere Informationen vom polnischen Außenminister für sein Verhalten in Genf holen wolle.

Fortsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Warschau

Dr. Hermes zum Delegationsführer ernannt.

Berlin. Das Reichskabinett hat sich Montag wieder mit der Frage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigt und zunächst nochmals einen Bericht des Reichsaußenministers über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen und Vereinbarungen entgegengenommen. Es wurde beschlossen, beim Reichspräsidenten die Ernennung des Reichsfinanzministers a. D. Dr. Hermes, der dem Zentrum angehört und durch seine Vergangenheit mit den Interessen der Landwirtschaft besonders verbunden ist, zum Leiter der weiteren Verhandlungen von deutscher Seite anzuregen. Der Reichspräsident wird, nachdem Dr. Hermes sich zur Annahme dieses Postens bereit erklärt hat, voraussichtlich morgen die Ernennung vollziehen. Die Aufgabe Dr. Hermes wird zunächst die Führung der Verhandlungen über ein Teilabkommen sein, das zur Bereitung der Schwierigkeiten in der Niederlassungsfrage, den agrarischen Fragen und des Kohlenkontingents wird einleiten werden und zwar, wie das Kabinett beschlossen hat, in Warschau. Die Verhandlungen zum Abschluß eines endgültigen und vollständigen Handelsvertrages, die im Anschluß an ein solches Teilabkommen beabsichtigt sind, wird gleichfalls Dr. Hermes führen.

Zentrumsarbeiter gegen Marx

Gelsenkirchen. Zentrumsabgeordneter Imbusch wandte sich in einer von 1500 Funktionären aus allen Teilen des Ruhrgebiets besuchten Kundgebung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter in Gelsenkirchen in außerordentlich scharfen Ausführungen gegen die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik des Kabinetts Marx, das die reaktionären Bestrebungen zur Bildung eines neuen Klassenstaates begünstigte. Er erklärte, Reichslandrat Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler hielten zwar schöne soziale Reden, ihre Politik wirke sich aber in der Praxis ganz anders aus. Marx habe 1923 den Ruhrindustriellen große Kompromißhäderungen bewilligt, die Arbeiterschaft aber sei leer ausgegangen. Die christliche Bergarbeiterchaft nehme nach reißlicher Überlegung den offenen Kampf für den sozialen Volksstaat auf, der voraussichtlich von langer Dauer sein werde und gegen Männer geübt werden müsse, die ihr heute noch nahe ständen. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der gegen die Bestrebungen zur Bildung eines Klassenstaates Einspruch erhoben, eine Besserung der produktiven Arbeit gefordert und der Kampf für einen sozialen Volksstaat angekündigt wird.

„Smith!“ stammelte ich heiser. „Sich dich nicht um! Halte um Hommels Willen Fu-Mandschu im Schach. Ein Dakot hat keine Klinge an meiner Kehle!“

Zum ersten Male zitterte die Hand meines Freundes. Sein Blick jedoch wich nicht von den gehüllten Zügen des Chinesen. Er hielt die Zähne zusammen, daß die Kinnmuskel sich kantig strafften.

„Ich glaube, die lärmende Stille, die meiner entsetzlichen Entdeckung folgte, dauerte nur wenige Sekunden. Für mich jedoch bedeutete jede von Ihnen furchtbare Folterung. Und durch mein Hirn zuckte schmerzvoll der Argwohn: das Mädchen hat uns verraten!

„Sie glaubten mich gewiß allein?“ fragte Fu-Mandschu höhnisch. „Das war ich auch. Aber mein treuer Diener hat Ihnen nachgehört. Ich bin ihm dankbar. Der Vorteil, Herr Smith, ist jetzt auf meiner Seite, nicht wahr?“

Smith antwortete nicht; er schien in verbissenem Trost auf einen Ausweg zu sinnen. Fu-Mandschu bewegte die Hand, um den Wiss zu streicheln, der spielerisch auf seine Schulter gesprungen war.

„Rühren Sie sich nicht!“ schrie Smith ungestüm. „Ich warne Sie!“

Fu-Mandschu hob abermals die Hand. „Darf ich vielleicht wissen, wie Sie meinen Zufluchtsort entdeckten?“

„Dieses Fahrzeug wird seit Tagesanbruch bewacht!“ schwante Smith mit kühner Dreistigkeit.

„So?“ Die verschleierten Augen wurden einen Augenblick klarer. „Und heute haben Sie mich gezwungen, ein Haus in Wache zu legen. Außerdem gelang es Ihnen, sich eines meiner Untergebenen zu bemächtigen. Ich gratulierte Ihnen. Das Mädchen würde mich nicht verraten, selbst wenn man es mit Skorpionen geißelte.“

Das blinkende Messer war jetzt so dicht an meinem Halse, daß kein Blatt Papier mehr Raum dazwischen gefunden hätte.

„Ein Vorschlag!“ fuhr Fu-Mandschu bedächtig fort: „Ich vermute freilich, daß Sie meinen Worten nicht trauen werden?“

„Ich denke nicht daran!“ knurrte Smith.

„Daher muß ich Ihren Versicherungen glauben.“ Der Chinese blieb unerschütterlich. „Ich weiß nicht welche Hilfsmittel Ihnen aufenthalts der Kajüte zur Verfügung stehen. Sie dagegen, denke ich, kennen ebensoviel die meinen. Mein burmanischer Geilse und Herr Doktor Petrie werden vorangehen; dann folgen Sie, Herr Smith, und ich. Wir werden uns dreihundert Meter an Land begeben. Sie legen dort Ihren Revolver auf die Erde und geben mir Ihr Ehrenwort, daß Sie ihn liegen lassen und auch sonst kein Attentat auf mich unternehmen, ehe ich zurückgegangen bin. Ich und mein treuer Diener werden uns darauf entfernen und es Ihnen überlassen, nach Wohlstand der verabredeten Frist zu handeln, wie Sie es für gut befinden. Abgemacht?“

Smith zögerte. „Auch der Dakot muß sein Messer zurücklassen!“

Auf den Zügen Fu-Mandschus erschien wieder das infame Lächeln. „Einverstanden. Soll vielleicht ich vorangehen?“

„Nein! Zuerst Petrie und der Dakot, dann Sie — und zum Schluß ich!“

Ein kurzer Befehl Fu-Mandschus. Wir verließen den Raum und gewannen in der angeordneten Reihenfolge das Deck.

„Auf der Leiter wird es schwierig sein,“ sagte Fu-Mandschu. „Ich verlasse mich darauf, daß Sie sich an die Verabredung halten, Herr Doktor.“

„Ich verspreche es,“ erwiderte ich hart.

Wir stiegen die Treppe empor und drangen in das motorige Wagentelde vor, wobei Smith den Chinesen ständig mit dem Revolver in Schach hielt und das Messer uns geschäftig umsprang. Der Dakot, nur mit einem dünnen Lendenschurz bekleidet, schritt mit stolz breiter Kehle neben mir und schielte mich ab und zu aus blauäugigen Augen lächelnd an.

„Hier trennen sich unsere Wege!“ bemerkte Fu-Mandschu. Er sagte etwas Unverständliches zu seiner Kreatur, worauf der Kerl das Messer zu Boden warf.

„Durchsuche ihn, Petrie!“ gebot Smith. „Er kann eine zweite Waffe versteckt haben.“

Fu-Mandschu erhob keinen Widerspruch, und meine Hände glichen über die spärliche Kleidung des Dakots.

„Nun sieh bei Fu-Mandschu nach!“

Ich tat, wie mir geheißen. Aber wie habe ich ein solches Gefühl des Ekelns vor einem menschlichen Wesen verübt wie in jenem Augenblick.

Smith schauderte die Waffe von sich. „Ich verfluche mich, daß ich so anständig bin, die Abmachung einzuhalten! Niemand könnte mir das Recht absprechen, Sie niedergeschlagen wie einen tollen Hund!“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien**Nebel!**

Feuchtigkeit, grau und undurchdringlich senkt er sich in der jüngsten Jahreszeit oft hernieder und hüllt, einem dämonischen Ungeheuer gleich, alles Leben in einen trüben Schleier. Unheilverkündend, gefahrbringend und verkehrshindernd wälzen sich die Nebelschwaden durch die Straßen und errichten eine diktatorische Herrschaft. In den schmalen Straßen der Wohnviertel, wo sich die Mietkasernen vier- und fünfstöckig in die Höhe türmen, werden die Proletarierbehausungen in ein schier endloses Halbdunkel gehüllt. Aber auch das Gemüt der Menschen wird durch die düstere Oede in der Natur verstimmt.

Wie der Novembernebel seinen Ursprung in dem Kampfe hat, den elementare Gewalten miteinander führen, so entstammen auch die geistigen Nebel dem Ringen menschlicher Kräfte. Sie bannen viele unserer schicksalsergebenen Volksgenossen so in ihren Dunstkreis, daß sie nie mehr an einen Ausblick zum hellen Horizont glauben und immer tiefer in Gleichgültigkeit und Finsternis versinken. Da ist die bürgerliche Zeitung, die dem Arbeiter mit hohler Seele systematisch sein Denken umnebelt und ihm täglich den Volksgemeinschaftsgeist beizubringen versucht. Weiter der das menschliche Denken ausschaltende Alkohol, der die rauhe, verantwortungsvolle Wirklichkeit manchem Menschenhirn verschleiert und es unfähig werden läßt, die weltbewegenden Zusammenhänge zu erfassen. Dann das dogmatische Kirchenchristentum, das die Millionen Gläubigen mit jugendlicher Macht zwingt, an die Gerechtigkeit der Diesseitswelt zu glauben, und ihnen für ihre Genügsamkeit und Duldsung das gehaltvollere Leben in der Ewigkeit verkündet.

Sind das nicht Erscheinungen, die zwar dem Nebel gleichen, gegen die aber anzukämpfen sich verlohnt, da sie ob ihrer Herkunft überwindbar sind?

Die sich langsam vorbereitende Weihnachtsstimmung ist mehr denn je dazu angetan, die geistigen Nebel zu verziehen, die große Teile des spießbürglerischen Proletariats umnachtet, das sich seiner Klassenslage noch nicht bewußt geworden ist. Die sich vor den Augen der ausgelagerten Massen aufzutümelnden Güter, die Unzähligen unerschwinglich sind, sind nur zu geeignet, Erbitterungen auszulösen. Hier bietet sich die Gelegenheit, Anknüpfungspunkte zu finden, die uns den umnebelten, unserem Ringen noch fernstehenden Volksgenossen näherzubringen geeignet sind.

Alle die Geisternebel zu verziehen, muß jetzt mehr denn je unsere Aufgabe sein, gilt es doch, die Abrechnung vorzubereiten. Auch da, wo bisher unser Lichtstrahl nicht hindringen vermochte, heißt es, die Finsternis zu brechen und den Weg zur strahlenden Idee des Sozialismus zu weisen! Jederzeit und jetzt ganz besonders muß es uns eingedenkt sein, daß der Feind, den wir am tiefsten hassen, der Unverstand der Massen ist!

Aus der Praxis des Arbeitserichts

Heute ist nur ein geringer Prozentsatz der Arbeiterschaft, aber auch nur ein Teil der Betriebsräte in wichtigen Arbeitserichtsangelegenheiten orientiert. Es nimmt daher kein Wunder, wenn heute ein großer Teil der Arbeiter auf seine Rechte verzichtet und sich den Arbeitgebern fügt. Der Arbeiter will von einer Organisation nichts wissen, eine richtige Arbeiterpresse, welche ständig über wichtige Arbeiterfragen aufklärt, wird nur von einem geringen Teil der Arbeiterschaft gelesen. Die Interessenlosigkeit der Massen wird immer größer. Gewerkschafts- und Belegschaftsversammlungen werden sehr schlecht besucht. Auf Auflösung, Schulung und Bildung wird nicht viel Wert gelegt. Darauf stützen sich heute die Arbeitgeber. Die Arbeiterschutzgesetze werden von ihnen übergangen und dem Arbeiter vergeht die Lust auf Wahrung des Arbeitserichts, weil er es infolge der mangelnden Auflösung praktisch nicht anwenden kann. Der Arbeitgeber würde nicht mehr nach Willkür über den Arbeiter verfügen, wenn der Arbeiter über die wichtigsten Bestimmungen des Betriebsratgesetzes nebst der Gewerbeordnung wäre. Bei Arbeitskrisenachrichten vor den Schlichtungsausschüssen und Gewerbegerichten verstecken es die Arbeitgeber, durch ihre juristischen Worte die verschiedensten Beweisgründe vorzubringen, so daß der Arbeiter, welcher sich wohl im Rechte befindet, wegen der geringsten Auflösungslösung der Bestimmungen des Gesetzes mit der Klage abgewiesen wird.

In letzter Zeit ist die Frage vor den Schlichtungsausschüssen angewandt worden über den Einspruch nach § 84 des Betriebsratgesetzes, weil die Arbeitgeber die Einsprüche von der Betriebsvertretung nicht als vorschriftsmäßig anerkannt haben. Nach dem Betriebsratgesetz kann der Einspruch mündlich oder schriftlich erhoben werden, er ist an den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zu richten und dann wirksam, wenn er diesen rechtzeitig zugehen läßt. Nun haben die Betriebsräte dies früher anders gehandhabt, indem sie in ihren Sprechstunden bei den Verwaltungen solche Einspruchsfragen erledigten, welche auch in dieser Weise längere Zeit anerkannt wurden. Nun sind jetzt Fälle zu verzeichnen, wo vor diesen Schlichtungsausschüssen von den Arbeitgebern derart erhobene Einsprüche nicht anerkannt wurden, weil sie nicht nach der Vorschrift erfolgen, so daß der Schlichtungsausschuss gezwungen war, solche Klagen abzuweisen. Auch der letzte Streitfall vor dem Schlichtungsausschuss Katowice von 7 Arbeitern der Gieschegruben hat dies zur Genüge bewiesen. Dies müssen in Zukunft die Betriebsräte beachten und den Gang des Einspruchsverfahrens vorschriftsmäßig einleiten, damit die Arbeiterschaft nicht geschädigt wird. Am meisten kommen die Fälle vor, daß die Arbeiter bei fristlosen Entlassungen und Kündigungen binnen fünf Tagen keinen Einspruch erheben, indem sie nicht den Arbeiterrat anrufen, so daß dann ihr weiteres Verfahren zwecklos ist.

Aber auch in weiteren verschiedenen Rechtsfragen werden Formfehler begangen, aus welchen die Arbeitgeber einen großen Vorteil ziehen. Will die Arbeiterschaft nicht noch mehr unterliegen und die bisher erkämpften Arbeiterrechte verlieren, so muß sie sich einstellen und vor allem ihre Kenntnisse auf diesem Gebiet, die sehr mangelhaft sind, erweitern, sich selbst schulen, umso mehr wird sie darin Erfolg haben. Die Organisation, zu der sie sich anschließen muß, und die Arbeiterpresse, wird sie darin fördern. Und das sind die freien Gewerkschaften (Bergarbeiterverband) und der „Volkswille“.

Die Gieraltowitzer Minderheitsschule und die poln. Presse**Eine Erklärung Calonders**

Mit der Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission Calonders hinsichtlich der Gieraltowitzer Minderheitsschule war die polnische Presse selbstverständlich nicht einverstanden und bezeichnete sie als im Widerpruch stehend zu der Resolution des Völkerbundes vom 12. März 1927. In dieser Angelegenheit veröffentlicht nun die „Polonia“ folgende Zuschrift Calonders:

In der Presse sind Artikel erschienen, welche der Meinung Ausdruck geben, daß die Stellungnahme des Präsidenten der Gemischten Kommission betreffend die Errichtung der deutschen Minderheitsschule in Gieraltowice im Widerspruch stehe zu der Resolution des Völkerbundes vom 12. März 1927.

Dazu erlaube ich mir, zur Orientierung der öffentlichen Meinung und behufs Vermeidung von Mißverständnissen, Folgendes zu bemerken:

Eine Anwendung der Resolution des Völkerbundes vom 12. März 1927 auf den vorliegenden Fall konnte für den Präsidenten der Gemischten Kommission nicht in Frage kommen, weil es sich in Gieraltowice nicht um Anmeldungen zu bestehenden Minderheitsschulen handelte, sondern um Anträge im Sinne von Art. 106 der Genfer Konvention auf Errichtung einer neuen Minderheitsschule. Da der Völkerbundsrat, als er seine Resolution vom 12. März 1927 faßte, nur Fragen betreffend die Anmeldung von Schülern zu bestehenden Minderheitsschulen behandelte, stand es dem Präsidenten selbstverständlich nicht zu, die von der Resolution vorgelegten Sprachprüfungen auch auf Anträge im Sinn des Artikels 106 betreffend Errichtung neuer Schulen anzuwenden.

Aus dem Gesagten geht klar hervor, daß die Aussagen der Presse, welche meine Stellungnahme in Widerspruch stehen zu Resolution des Völkerbundes, die Frage betrifft, die Errichtung einer Minderheitsschule verwechselt haben mit der Frage betreffend die Sprachprüfungen, wie sie in der Resolution des Völkerbundes vorgesehen sind.

Die Resolution betrifft die Frage, ob Kinder, die für eine schon eröffnete Minderheitsschule angemeldet wurden und diese Schule besuchen, aus pädagogischen Gründen wegen unzureichender Kenntnis der deutschen Sprache von der deutschen Minderheitsschule in die polnische Mehrheitsschule zu versetzen sind. Darüber habe ich mich in meiner Stellung-

nahme vom 15. Dezember 1926 ausgesprochen. Die Resolution des Völkerbundes vom 12. März 1927 hat in dieser Hinsicht für das Schuljahr 1926/27 Sprachprüfungen angeordnet, wobei die Frage dahin formuliert wurde: ob die Kinder mit Nutzen die Minderheitsschule besuchen können. Durch Interpretationsbeschluß des Berichterstatters des Völkerbundes sind die Prüfungen auch für das Schuljahr 1927/28 als zulässig anerkannt worden.

Was mit die Minderheitsschule in Gieraltowice anlangt, die nach meiner Ansicht unverfügbar zu eröffnen ist, so können auch für diese Schule, nach deren Eröffnung, im Laufe des Schuljahres 1927/28 in Gemäßheit des Interpretationsbeschlusses des Berichterstatters des Völkerbundes Sprachprüfungen beantragt werden. Es ist somit im Sinne der Resolution des Völkerbundes klar, daß diese Minderheitsschule eröffnet und in Betrieb gesetzt sein muß, bevor die Sprachprüfungen stattfinden können. Es besteht demnach auch in dieser Hinsicht keinerlei Widerspruch zwischen meiner Stellungnahme betreffend die Errichtung der Schule in Gieraltowice und der Resolution des Völkerbundes.

Zwar ist diese Zuschrift an die polnische Presse, wir haben sie, wie schon aus den einleitenden Zeilen ersichtlich, der „Polonia“ entnommen, sehr eindeutig gesetzt, jedoch stoßen wir hier auf einen offensichtlichen Widerspruch. Calonder sagt nämlich in seiner Entscheidung hinsichtlich der Gieraltowitzer Minderheitsschule, daß nur die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zu bestimmen haben, welche Schule ihre Kinder besuchen sollen.

Dagegen bestimmt die Resolution des Völkerbundes vom 12. März, daß die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten ihre Kinder zur Minderheitsschule zwar anmelden dürfen, doch erst eine Spezialkommission entscheidet, ob die Kinder die Minderheitsschule besuchen dürfen oder der polnischen Schule zugewiesen werden.

Das ist also unserer Ansicht nach ein ziemlich krasser Widerspruch, der zwischen beiden Entscheidungen besteht. Formal dürfte also die polnische Presse im Rechten sein, während moralisch genommen dasselbe die Gieraltowitzer Entscheidung für sich in Anspruch nehmen kann. Es steht so aus, als wenn der Gieraltowitzer Konflikt trotz der Entscheidung noch nicht endgültig beigelegt ist.

Ein Außändischenblatt

Am vergangenen Sonnabend erschien die erste Nummer eines polnischen Wochenblattes „Na Straż“. Das Blatt soll lediglich dem Sport gewidmet werden und die Nr. 1 „Na Straż“ wurde gratis an alle Sportvereinigungen in der ganzen polnischen Woiwodschaff verendet, ein Beweis, daß der Herausgeber nicht ohne Moneten dasteht. Tatsächlich ist der Herausgeber des Blattes kapitalistisch genug und kann sich eine umfangreiche Propagandaschau leisten. Es ist niemand anders, als der uns statthaft bekannte Verband der Außändischen. „Na Straż“ soll der militärischen Heranbildung der Jugend gewidmet werden. Außerdem soll das Blatt einfach aussehen, doch soll der Inhalt gut zusammengezogen sein. Die „Polonia“ weiß bereits zu melden, daß das Blatt nur für die Wahlzeit erscheinen wird.

Die Fortsetzung der Rawaarbeiten

Das Rawakomitee braucht noch 3 Millionen Zloty, um die Rawaarbeiten und die Überwölbung des Flusses bei Katowic zu beenden. Das Komitee wandte sich um entsprechende Kredite an die Bank Gospodarstwa Krajowego. Es wurde bereits gemeldet, daß die Bank 500 000 Zloty für die Überwölbung bereitgestellt hat. Nun kommt die Meldung aus Warschau, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten 500 000 Zloty für die Überwölbung des Flusses bereitgestellt hat und wird späterhin weitere Beträge für diese Zwecke zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag wird dem Rawakomitee die Inangriffnahme der Überwölbungsarbeiten ermöglichen. Wollen wir also hoffen, daß demnächst dort, wo heute die Rawa fließt, Blumenbeete und eine Promenade geschaffen werden.

Die Arbeitslosenziffer steigt

Während in der vorletzten Berichtswoche die Gesamtarbeitslosenziffer sich um 666 steigerte, ist sie in der letzten Berichtswoche also vom 16. bis zum 23. November um 1125 gestiegen, so daß die Gesamtzahl 39 000 beträgt. Von dieser Ziffer entfallen auf den Bergbau 15 120, Eisenhütten 2794, Metallhütten 2092, Unqualifizierten 13 388 und der Rest auf die anderen Berufe. Arbeitslosenunterstützung bezahlen insgesamt 21 879 Personen. Mit aller Wahrscheinlichkeit läßt sich schon heute sagen, daß in den nächsten Wochen eine weitere Steigerung zu verzeichnen sein wird.

Kattowitz und Umgebung**Die nächste Sitzung des Kattowitzer Stadtparlaments.**

Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends um 1/2 Uhr wird die nächste Sitzung des kommissarischen Stadtparlaments in Katowic abgehalten. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich und wird etwa 30 Punkte aufweisen. Wie schon bereits daran hingewiesen worden ist, sollen auf dieser Sitzung bei Teilnahme der inzwischen durch die Wojewodschaft bestätigten deutschen Stadtvertreter, die Ergänzungswahlen für den Vorberatungsausschuss, das Kuratorium der städtischen Sparkasse, ferner für den Steuerausschuss, schließlich die Wahl des Sekretärs für das Büro der kommissarischen Stadtoberverordnetenversammlung, durch Abzuziehung der Deutschen erfolgen. Ebenso ist unter anderen Anlässen die Ernennung der Magistratsmitglieder vorgesehen.

Kammer-Musikabend des Nosee-Quartetts in Katowic. Die Kattowitzer Theatergemeinde schreibt: Dem kunstliebenden Publikum steht mit unserem 3. Abonnementkonzert ein ganz be-

sonderer musikalischer Genuss bevor. Es ist uns gelungen, für diesen Abend das weltbekannte und führende Quartett der gesamten Musikwelt das Nosee-Quartett für Freitag, den 9. Dezember für ein einziges Konzert zu verpflichten. Das Nosee-Quartett, an dessen Spitze Hofrat Professor Nosee, der gejewierte erste Konzertmeister, der Wiener Philharmoniker, steht, gehört seit den Tagen des unvergleichlichen Joachim-Quartetts zu den angesehensten und gejewierten Quartettvereinigungen des Kontinents. Seine Mozarts-, Brahms- und Schubert-Interpretationen gelten heut noch als unüberbietlich und maßgebend für die ganze Musikwelt. Es darf das Land der Ehre geben, in welchem das Nosee-Quartett nicht mit ungeübelter Freude und grenzenlosem Erfolg konzertiert hat. In Katowic hat es letzmalig im Jahre 1923 gespielt. Es steht also zu erwarten, daß dieses Ereignis wieder einmal alle Musikkreise zusammenführen wird. Das Programm soll Brahms und Schuberts großes G-dur-Trio bringen, in der Mitte soll ein modernes Werk etwa Dobüssy, Kornigold oder das neue Streich-Quartett von Kreisler gespielt werden. Der Vorverkauf an der Theaternasse des Deutschen Theaters hat begonnen.

Deutsches Theater Katowic. Wegen Extraktion des Hauptdarstellers wird am Freitag, den 2. Dezember nicht „Tristan und Isolde“ sondern abends 1/2 Uhr „Madame Butterly“ gegeben.

Raumverteilungsplan des Zentralhotels. Als Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der Wirtschaftskommission und des Vorstandes des „Bund für Arbeitserbildung“, sowie auch der Delegierten der eingewanderten Kulturvereine wird den Mitgliedern derselben unterstehender Raumverteilungsplan zur Kenntnis gebracht. Es erhielten das Zimmer 15, am Montag von 6—8 die Kindergruppe, von 8—10 die Arbeiterjugend; Dienstag von 6—10 der Schachklub; Mittwoch von 6—8 die Kindergruppe, von 8—10 die Naturfreunde; Donnerstag von 7—10 die Arbeiterjugend; Freitag von 7—10 die Esperantisten; Sonnabend von 8—10 die Arbeiter-Turner. Der Saal wurde nur für drei Tage in der Woche vergeben und zwar am Montag von 7—10 den Esperantisten; Dienstag von 7—10 dem Bund für Arbeitserbildung; Freitag von 7—10 Singeabend des Jugend-Kartells. Die anderen Tage wurden für besondere Versammlungen freigehalten. Der Kursus über „Wirtschaftsgeschichte“ findet jeden Sonnabend in Zimmer 23 statt. Einer offiziellen Aenderung dieses Planes kann nicht mehr stattgegeben werden.

Weihnachtspvorbereitungen. Jedesmal in der Zeit vor den Feiertagen steigern sich Diebstähle und Einbrüche bedeutend, was vor allem für die Weihnachtszeit gilt. Und in den letzten Jahren, da die Arbeitslosigkeit bei uns ständiger Gast ist, hat die Diebstähle- und Einbrüchestatistik einen Umfang angenommen, der wohl kaum noch übertrroffen werden dürfte. Die Not läßt eben sehr schnell so manchen an dem sogenannten Wege der Erlöslichkeit allein, was zwar das sattie Bürgertum nie verstehen wird, wohl aber der, der selbst schon die Belastung mit Küchenmeister Schmalhaus gemacht hat. Knurri der Magen, reizen alle Stränge. Natürlich sind Diebstähle oder Einbrüche, die aus wirklicher Not begangen werden, nicht übermäßig stark vertreten, aber immerhin stellen sie einen nicht unerheblichen Prozentsatz dar. Es wäre aber garnicht vorhanden, würden die Fürsorge für die Arbeitslosen und anderen Bedürftigen eine ausreichende sein. Aus den vielseitigen Einbrüchen der letzten Wochen sieht man, daß in der Haupstadt es auf Lebensmittel- und Kleidergeschäfte abgesehen ist. Und gerade an diesen Artikeln, welche solche Geschäfte führen, mangelt es sehr in einem Teile der Bevölkerung. Dass die jetzt dann auf eigene Faust operiert, wenigstens zu den Feiertagen möchte man etwas im Hause haben, ist leider — verständlich. Es sind halt auch Weihnachtspvorbereitungen. — Die Nacht zum 26. November scheint dafür sehr günstig gewesen zu sein, denn der Polizeibericht meldet eine ganze Anzahl von Einbrüchen. So wurde in das Kolonialwarengeschäft des Kaufmanns Kopca in Zalemie eingebrochen und aus diesem verschiedene Waren gestohlen. Allerdings wurden die Spitzbuben bald ermittelt und ihnen die Beute abgenommen. Beim

Börsenturz vom 29. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . . 1 Dollar	{ amtlich = 8.91 $\frac{1}{4}$ zł frei = 8.98 zł
Berlin . . . 100 zł	= 47.— Rmt.
Kattowitz . . . 100 Rmt.	= 213.— zł
1 Dollar	= 8.91 $\frac{1}{4}$ zł
100 zł	= 47.— Rmt.

Fleischermeister Boldys auf der ul. Mickiewicza in Kattowitz hatten Spitzbüben mehr Glück. Hier stahlen sie allerhand Fettigkeiten, eins für 600 Zloty und verschwanden unerkannt. Aus der Wohnung eines Dr. Simon Blatt ist ein schöner Damensessel im Werte von 5000 Zloty entwendet worden. Noch eine Reihe weiterer ähnlicher Einbrüche meldet der Polizeibericht. Man sieht also, daß es in dieser Nacht ziemlich lebhaft zugegangen ist.

Der neue Milchpreis. Der Magistrat weist ausdrücklich darauf hin, daß der Höchstpreis für einen Liter frische Milch, welcher in der Vorwoche von 48 auf 52 Groschen erhöht wurde, vom gestrigen Montag ab auf 50 Groschen heruntergesetzt worden ist. Dieser neue Höchstpreis darf bei Strafandrohung nicht überschritten werden.

Ein Kind ausgepeitscht. Unter der Treppe des Hauses ulica Mlynska 23 wurde ein acht Monate altes Kind, das in einem schwarzen Tuch eingewickelt war, von Hauseinwohnern aufgefunden, welches dem Waisenhaus auf der Ratajorestraße übergeben wurde. Das Kind ist zweifellos ausgepeitscht worden, nach der Mutter vor sich die Polizei bereit.

Autounfälle. Die letzten Tage brachten wieder eine Reihe von Autounfällen, die meistens auf den dichten Nebel, der jetzt abends zu verzeihen ist, zurückgeführt werden. Auf der ul. Bytomsko in Michałkowice stieß ein Autobus mit einem Lastwagen zusammen, wobei zwei Personen leicht verletzt wurden und beide Wagen starke Beschädigungen davontrugen. In Jelenie auf der ul. Wojciechowskieg erlitten dasselbe Malheur ein Personenauto und ein Möbelwagen. Hier wurde nur der Möbelwagen in Mitleidenschaft gezogen. In Kattowitz auf der ul. Warszawska wurde von einem Personenauto der Arbeiter Michael Janies überfahren. Er wurde mit mehreren Knochenbrüchen nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Banditen an der Arbeit. Der Maschinist Johann Nowak aus Domb wurde zwischen Jelenie und Bismarckhütte in der Nacht zum Sonntag, als er sich auf dem Heimwege von seiner Arbeitsstelle befand, von 4 mit Stöcken bewaffneten Männern angehalten und von einem dieser mit einem Stock niedergeschlagen, so daß er bewußtlos liegen blieb. Dann herauftaten sie ihm seiner Tasche von 24 Zloty sowie verschiedener Ausweis-papiere.

Königshütte und Umgebung

Aus einer Gewerbegerichtssitzung.

Am gestrigen Montag fand im Sitzungssaal des Rathauses wieder eine Sitzung des Gewerbegerichts statt, in der Stadtdirektor Zajonc den Vorsitz führte. Als Beisitzer waren Ingenieur Grabianowski von Arbeitgeber- und Betriebsvorsteher Magazin von Arbeitnehmerseite geladen. Ein besonders interessanter Entschädigungsfestfall der über zwei Stunden in Anspruch nahm, lag zu Grunde. Wie noch erinnerlich, hatte sich vor Jahresfrist aus hiesigen kapitalistischen Viehgroßhändlern eine Gesellschaft mit Namen „Bakum“ gegründet, die unter anderem auch den Export von Schweinesleisch nach einem besonderen Schlachterfahren nach England übernahm. Aus diesem Grunde wurde aus der dortigen Gegend ein Fachmann nach Königshütte verpflichtet, der die besonderen Vorgänge der Schlachtungen zu überwachen bzw. das dabei beschäftigte Personal anlernen sollte. Dabei wurde eine mündliche Vereinbarung geschlossen, wo der nach hier berufene Fachmann, namens Lewin, eine monatliche Entschädigung von 35 Pfund Sterling (das sind über 1500 Zloty), freie Wohnung und täglich 1½ Kilogramm Fleisch erhalten sollte. Solange der Export nach England anhielt, erhielt L. anstandslos die vereinbarte Entschädigung. Jedoch nach Einstellung des Exports wurde ein solcher nach Wien und Prag betrieben, wo nur das gewöhnliche Schlachterfahren in Anwendung gebracht wird. Aus diesem Grund wurde L. vorläufig überflüssig, wo er auch zeitweise selbst zum Dienst nicht erschien. Daraus entstanden verschiedene Differenzen, die schließlich zu einer Stellung in Gnesen veranlaßten, wobei er Entschädigungsansprüche in Höhe von 24 309.00 Zloty an die Genossenschaft stellte. Da sich dieselbe aus verschiedenen Gründen weigerte, die geforderte Summe zu zahlen, so strengte L. eine Klage beim Gewerbegericht an. Nach stundenlanger Verhandlung wurde die Firma „Bakum“ zu einer Zahlung von 5782.20 Zloty verurteilt. — In einem anderen Falle wurde die Firma Pietruski in zwei Fällen zur Zahlung einer Summe von über 60 und 104 Zloty wegen Nichtbezahlung von Überstunden verurteilt, während in einem anderen Falle wegen Bejahungkeit des Arbeitgeber-Beisitzers, die Verhandlung vertagt wurde.

Mannschafts-Kontrollversammlungen.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats werden nach folgendem Plan Kontrollversammlungen für Mannschaften durchgeführt. Es haben sich zu stellen am 1. Dezember Jahrgang 1901 mit den Anfangsbuchstaben A—J, am 2. Dezember K—N, am 3. Dezember O—U, am 5. Dezember V—Z, am 5. Dezember Jahrgang 1899 A—D, am 6. Dezember E—H, am 7. Dezember I—S, am 9. Dezember T—Z, am 9. Dezember Jahrgang 1887 A—J, am 10. Dezember K—S, am 12. Dezember T—Z und die Jahrgänge 1890 und 1891, am 18. Dezember die Jahrgänge 1892 und 1893, am 14. Dezember die Jahrgänge 1894, 1895 und 1896, am 15. Dezember die Jahrgänge 1897 und 1898. Der Magistrat Königshütte erfordert alle diejenigen Mannschaften der Reserve und des Landsturmes mit Waffe, die zu einem der obengenannten Jahrgänge gehören, sich im großen Saale des Redenberges um 8 Uhr morgens nach dem oben angeführten Plane zu stellen.

Scharfrichter Schwieß

Furchtbare Material gegen die Todesstrafe

In Breslau hat kurz nach der Insolation der preußische Scharfrichter Schwieß seinem Leben ein Ende gemacht. Er war durch die Geldentwertung verarmt, der Staat, in dessen Auftrag er im Laufe der Jahre weit mehr als hundert Menschen hingerichtet hatte, zahlte ihm keinen Pfennig mehr, seine Frau starb an den Entbehrungen, und der Scharfrichter schrieb, daß er ihren Tod nicht überleben könne. Und richtete sich selbst hin.

Schwieß hatte eine Anzahl von Aufzeichnungen hinterlassen, die er sich über den Vollzug seiner Hinrichtungen gemacht hatte, erschütterndes Material gegen die Todesstrafe.

In den Aufzeichnungen werden eine Reihe von Hinrichtungen und ihre Begleitumstände so sachlich und in ihrer knappen Sachlichkeit so brutal und entsetzlich geschildert, daß man an die erhalteten Dokumente eines langjährigen Vollstrekers der Todesstrafe nicht achtsam vorübergehen sollte.

Schwieß vollzog mehr als hundert Hinrichtungen. Er war ein sehr primitiver Mensch, Fleischer von Beruf, und machte sich wenig Gedanken über sein Handwerk. Die Legende behauptet von ihm, er habe ein außerordentlich feines Empfinden für Tiere gehabt, habe keiner Taube etwas zuleide tun können, aber einen Menschen, der zum Tode verurteilt war, töte er unbedenklich, pflichtgemäß, gegen Bezahlung und in der vollen Überzeugung, recht zu handeln. Als seine schwerste Arbeit bezeichnete er selbst in seinen Aufzeichnungen eine vierfache Hinrichtung in Königsberg im Jahre 1904. Vier Soldaten hatten von einem nächtlichen Vergnügen heimleidend, einen Bauern überfallen, ausgeraubt und halbtot geschlagen. Sie kamen ins Zuchthaus, machten gemeinsam einen Fluchtversuch und töteten dabei einen Gefängnisbeamten. Alle vier wurden zum Tode verurteilt; ein Begnadigungsversuch wurde vom Kaiser abgelehnt.

Schwieß befuhr die vier, wie alle seine Todeskandidaten, in der Nacht vor der Hinrichtung in ihren Zellen. Wenn die Verurteilten bis dahin noch ruhig geblieben waren, so war es von diesem Augenblick an meist mit aller erzwungenen Tapferkeit und Ruhe vorbei. Auch die vier jungen Soldaten verfielen, nachdem sie den Scharfrichter gesehen hatten, in eine wahnsinnige Angst, schrien und tobten wie irrsinnig, hockten stumpfsinnig da und brüllten fummlos wieder auf. Am Morgen stand eine ganze Kompanie Soldaten im Gefängnishof, nicht zur Sicherung der Hinrichtungsaktion, sondern zu Abhördienstzwecken: um den Sol-

daten zu zeigen, was geschieht, wenn sie sich gegen das Gesetz vergehen. Es war ein kalter Novembertag und die Aufstellung des Richtblocks machte bei dem gefrorenen Boden, wie Schwieß schreibt, „einige Schwierigkeiten“.

Der erste Todeskandidat entrückte sich seinen Wärtern, warf sich rasch wieder gepackt, auf die Erde, brüllte, klammerte sich mit Händen, Füßen und Zähnen fest, wo er nur konnte, bis ihn die Henkerstechte auf den Block schleuderten und festchnallten und einen Augenblick später, wie der Henker schreibt, „sein Gebrüll in seinem Blute ersticke“.

Der Platz wurde schnell von den blutigen Sägespänen gesäubert, die Aktion hatte durch den Widerstand des Opfers volle vierzehn Minuten in Anspruch genommen. Die Leiche wurde entfernt und der zweite Todeskandidat wurde auf den Hof geserrt. Es wiederholte sich das widerliche und entsetzliche Schauspiel zum zweiten und dritten Male. Nach der dritten Hinrichtung begann eine große Anzahl der aufgestellten Soldaten zu erbrechen, und auch mehrere der teilnehmenden Amtspersonen mußten wegen Unbeholfenheit beiseite treten. Schwieß töpfte auch den vierten Mann, den die ausgestandene Angst zu einem grimmen Irren gemacht hatte, der kaum noch mußte, was mit ihm geschah. Am Ende seines Berichtes schreibt Schwieß: „Ich hätte die Hinrichtungen mit der gleichen Sicherheit meiner Hand noch beliebig lange fortsetzen können.“

Grauenhaft ist seine Beschreibung der Hinrichtung einer Frau, die sich im entbehrnden Augenblick mit den verzehrten Kräften einer Irren noch einmal losreißen konnte und sich auf dem Erdoden zu einem Knäuel zusammenrollte, dessen Kopf zwischen Bauch und Schenkeln mit furchtbarer Kraft eingeklemmt war und nur unter Anwendung brutalster Gewalt wieder zum Vorschein gebracht werden konnte.

An der Wahrheit der Aufzeichnungen des Scharfrichters Schwieß ist nicht zu zweifeln. Er hat überall Namen und Daten hinzugefügt. Er hat seiner Art entsprechend, nüchtern und sachlich festgehalten, wie die Hinrichtung vor sich ging. Er hat das alles vollständig in der Ordnung gefunden und nie ein Wort des Miempfindens für seine armeligen Opfer gehabt.

So hat er jahrelang als Beauftragter des Staates Menschen abgeschlachtet.

Auszahlungen. Am Mittwoch, den 30. Dezember, vormittags, werden im Meldeamt der Werkstättenverwaltung an der ulica Bytomsko (Beuthenerstraße) die Pensionen an die Witwen und Waisen der Königshütte zur Auszahlung gebracht. Als Ausweis und zur Abstempelung sind die Pensionskarten mitzubringen. — An demselben Tage erfolgt auch die Auszahlung eines Vorschusses an die Belegschaften der Gruben und Hütten.

Handel ohne Patente. In den letzten Tagen wurden mehrere wilde Händler festgestellt, die ihr Geschäft ohne ein Patent zu besitzen, betrieben haben. In den meisten Fällen handelt es sich um Personen, die aus anderen Orten herhergekommen sind. Nun ist diesen Händlern in Königshütte das Handwerk endgültig gelegt worden, was nur zu begrüßen ist, denn gewöhnlich wurden minderwertige Stoffe, zu viel zu hohen Preisen an den Mann gebracht.

Glück muß man haben. Ein Königshütter Fleischermeister, der von Kattowitz aus die Straßenbahn benutzt, zog aus der Tasche eine Zeitung hervor und vertiefte sich in den Inhalt der Titelseite, um dann, da er von einem Bekannten angesprochen wurde, die Zeitung neben sich zu legen. Beim Aussteigen vergaß er auf die zu ammengestellte Zeitung und ließ sie liegen. Das war an der Haltestelle Marktstraße. Hier wartete die Straßenbahn mehrere Minuten auf die Beuthener Bahn, die wie gewöhnlich Verzögerung hatte, was aber hier für den Fleischermeister von Glück war; denn ehe die Kattowitzer Bahn sich wieder in Bewegung setzte, erschien dieser wieder im Abteil und griff sofort nach einer liegengebliebenen Zeitung, die bis dahin von den anderen Fahrgästen niemand beachtet hatte, und faltete sie auseinander. Und da sah man, daß sich zwischen den Seiten drei nagelneue Hundertzloty-Scheine befanden, die der Fleischermeister erleichtert in seiner Brieftasche verstaut. Der Mann hatte noch Glück, aber man sieht, wie leicht unsere Geschäftleute das Geld verdienen müssen, wenn sie so leichtfertig mit ihm umgehen. Ein Arbeiter wird drei Hundertzloty-Scheine, falls er sie in die Hände bekommt, wohl kaum zwischen eine Zeitung stoppen und sie dann liegen lassen. Mit der Not unseres Handwerkes scheint es nicht weit her zu sein.

Vom Pfandleihamt. Am 6. und 7. Dezember d. Js. findet in der städtischen Pfandleihanstalt an der ulica Bytomsko 19 (Beuthenerstraße) eine Versteigerung aller Pfänder bis Nr. 43 545 statt. Alle verfallenen Pfänder müssen bis zum 30. November eingelöst werden, da vom 1. Dezember ab Versteigerungsosten erhoben werden. Am 5. Dezember bleibt das Leihamt für das Publikum geschlossen.

Städtische Versteigerung. Am Mittwoch, den 30. November, vormittags 10 Uhr, werden im Hause des städtischen Feuerwehrdiensts an der ulica Bytomsko 19 (Beuthenerstraße) 268 Flaschen Schnaps, zwei Schreibmaschinen und Büromöbel versteigert.

Warendiebinnen. In den letzten Tagen nahm die Königshütter Polizei drei Frauen, und zwar Helene T., Anna T. und Helene B. fest, die einer Händlerin Anniele Wicha Kupzow im Werte von 100 Zloty gestohlen haben sollten. — Auch in der letzten Zeit ist aus der Drogerie Idzikowski auf der Weichselstraße verschiedenes gestohlen worden, hauptsächlich Tapizerwaren. Als verdächtig des Diebstahls wurde ein Erich M. festgenommen.

Siemianowiz

Sitzung der Funktionäre des Ortsausschusses

Siemianowice am 27. November.

Um 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Genosse Niesch die Sitzung. Außer Genossen Nowak-Gleiwitz, waren 22 Funktionäre anwesend. Unliebjam wurde gleich bei Beginn der Sitzung bemerkt, daß sich ein Kriminalbeamter der politischen Polizei, Kattowitz im Saale befand, der natürlich ausgewiesen wurde.

Gen. Nowak teilte in einem kurzen Referat die Veränderungen in der Parteiorganisation mit. So ist der Bezirksausschuß Königshütte unter Leitung des Genossen Buchwald aufgelöst worden und die Ortsausschüsse an den Unterbezirksausschuß Gleiwitz angegliedert worden. Ferner nahm man zu der Beitrags- und Konsumabstimmung Stellung.

Die nachträgliche Diskussion war sehr lebhaft. Genossen Nowak wurde auf den Weg mitgegeben, für die in Deutschland arbeitenden Arbeiter aus Polnisch-Oberschlesien sich einzutragen;

8000 Grubenarbeiter und 3000 Hütten- und andere Arbeiter sind auf der deutschen Seite beschäftigt. Es wurde erwähnt, daß die Behandlung derselben, derjenigen eines chinesischen Kulis gleich. Ohne Wissen des Arbeiters werden jeden Monat Strafen in Höhe von 9—15 Mark verhängt. Gesetzwidrig werden Schadensersatzzüge in jeder Höhe bis zu 100 Mark gemacht. Die gewöhnlichen Betriebsverhältnisse sind einfach unmenschlich. Eine Beschwerdemöglichkeit besteht nicht, oder wird mit Entlassung geahndet. Deutsch-Oberschlesien hat sich in vieler Beziehung stark verschlechtert, da es großen Zuspruch von polnischen Arbeitern hat und diese Situation rücksichtslos ausnutzt. Auch die Betriebsräte versagen vollständig.

Zum Schluß gab es noch eine Auseinandersetzung mit den Gemeinderäten der sozialistischen Partei. Ende der Sitzung 1 Uhr.

Angestelltenratswahl bei der Bergverwaltung. Ein gereicht waren zwei Listen. Liste I, polnische Berufsvereinigung und Central-Verband, erhielt 24 Stimmen. Liste II (Freigewerkschaft) erhielt 39 Stimmen. Auf Liste I wurden gewählt: Herr Jadowszok und Wons. Auf Liste II die Herren Storuppa, Gärtner, Gawron. Die freigewerkschaftlichen Mitglieder überwiegten.

Versuchter Einbruch. In das Konfektionsgeschäft von Heilborn versuchten abends gegen 10.30 durch den Keller Diebe einzubrechen, wurden aber durch den Wachmann der Wach- und Schließgesellschaft verachtet.

Myslowitz

Die Kunst und die Kirche.

Die neue Myslowitzer Pfarrkirche wurde inwendig einer gründlichen Renovierung unterzogen. Man bestellte Maler in Krakau und fragte nicht viel danach, was die Renovierung kosten wird. Sie kostet genau soviel wie ein Zweifamilienhaus der Arbeiterkolonie in Städtsch-Janow, das gegenwärtig von der schlesischen Wozewoskhaft gebaut wird. Das Geld für die Renovierung wurde aus der Gemeindesteuerlast in der Höhe von 4000 Zloty und durch Auferlegung einer besonderen Kirchensteuer den Myslowitzer Bürgern, wobei nicht einmal Arbeitslose und Freireligiöse verschont wurden, beschafft. Die Myslowitzer bekommen dafür als Belohnung die inwendig frisch gemalte Kirche, deren Decke förmlich einer Himmelwölbung ähnlich sieht. Diese Arbeit soll eine wahre Kunst sein, die aber nicht der Kunst wegen geleistet wurde, sondern um die gläubigen Schäflein an die Kirche zu fesseln. Man ist heute bestrebt, zwischen Kirche und Arbeiterwohnung einen großen Kontrast zu schaffen, damit der Arbeiter gerne in der Kirche verweile. Also nicht der Kunst wegen werden in der Kirche Kunstarbeiten ausgeführt, sondern um das Volk zu fesseln. Die alten Weiber wähnen sich dann im dritten Himmel, wenn sie die Decke sehen und sind aus der Kirche nur mit Mühe hinauszutreiben.

Blind greift jede Frau nach



Das Chaos in Rumänien

Von Jakob Pistorius, Czernowitz.

Nicht einmal alle rumänischen Politiker sind sich klar darüber, was jetzt in Rumänien vor sich geht, umso weniger kann man es vom Auslande verlangen. Es ist in Wirklichkeit ein völliges Chaos, in dem die liberalen Oligarchen scheinbar gegen den Faschismus kämpfen und Faschisten mit Demokraten Hand in Hand geben.

Die Liberalen sind seit dem Weltkrieg tatsächlich ununterbrochen an der Macht. Wohl hat es in dieser Zeit ein sehr kurzfristiges Regime der neuen Provinzen und zwei Regierungen Averescu gegeben. Aber nicht nur hatten die Liberalen in allen diesen Regierungen auch ihre Leute, sondern, wie es in Rumänien im Volksmund heißt: die Liberalen regieren, wenn sie Minister sind, und diktieren, wenn sie in der Opposition sind. Die Herrschaft der Liberalen ist von Tag zu Tag unerträglicher geworden. Sie lädt politisch das ganze Leben und verübt einen Willkürkampf nach dem andern. Ihre Regierung ist von Gewalt und Blut gekennzeichnet, sie hemmt die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Alles in Rumänien drängt zur Industrialisierung, aber die Liberalen hindert sie gewaltsam, um einerseits ihrem Wucherkapital keine Konkurrenz entstehen zu lassen und andererseits das Aufkommen eines Proletariats zu verhindern. Auf der einen Seite schaffen sie Zölle, die die Waren oft um das Dreifache ihres Wertes verteuern, um einzelnen Industriellen enorme Gewinne auf Kosten der industriellen Entwicklung zu sichern, auf der anderen Seite geben sie der Industrie keine Möglichkeit der Entwicklung, indem sie den Zinszug auf 30 und mehr Prozent halten und mit dem Gelde der Nationalbank nur ihre Institute fördern. Sie haben die Agrarreform verschlafen und nicht nur aus einer sozialen Reform eine Nationale gemacht, sondern sie haben den Bauern auch keine Betriebsmittel zur Verfügung gestellt, so daß heute die Fälle nicht mehr selten sind, daß Bauern wieder zur Kriegsform der Leibeigenschaft — Robot — zurückkehren und andere Bauern erklären, vor der Agrarreform wäre es ihnen besser gegangen, denn sie hätten damals noch die Möglichkeit gehabt, auf den großen Gütern zu arbeiten, während jetzt diese Güter verschlagen sind, ohne daß sie mit Grund und Boden bestellt worden wären. Der Weizenpreis ist niedrig, während die Bauern die Industrieprodukte infolge der Zölle teuer bezahlen müssen. Der Export der Landesprodukte ist gehemmt, weil das Transportwesen vollständig zerstört ist. Es ist bezeichnend, daß in einer Gegend verarbeitetes Holz verfault, während man in anderen Gegenen Holz aus dem benachbarten Ausland einführt. Die Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag und die große Masse städtischer Bewohner ist durch die Aushebung des Mietengesetzes für den 23. April 1928 in ernste Unruhe versetzt.

Haben die Liberalen ihre Macht lange Zeit darauf gestützt, daß sie die obersten Repräsentanten des Militärs und der Verwaltung an ihrer Herrschaft interessierten, so kommt jetzt langsam die Masse der Offiziere und der Beamten umso eher zur Geltung, als ihre materielle Lage keineswegs rosig ist.

In dieser wirtschaftlichen Situation ist es natürlich nicht schwer, die allgemeine Unzufriedenheit gegen die Liberalen auszunutzen. Diese haben in dem Sohn des verstorbenen Königs seit jeher ein ungünstiges Element gesehen und ihn bemüht behandelt. Sie haben es zustande gebracht, daß er auf den Thron verzichtete, weil sie seine offenbar antiliberalen und faschistischen Einstellung — im Jahre 1919 wollte er allerdings noch in die sozialistische Partei eintreten — kannten und keine Lust hatten, an die Stelle ihrer Diktatur den Faschismus Carols zu setzen. Wenn schon Faschismus sein sollte, dann fühlten sie sich eher berufen, ihn zu machen, zumal sie in der Diktatur und der gewalttätigen Rechtslosigkeit mehr Erfahrungen besaßen. Zur Zeit, als der Entthronungsakt vor sich ging, weckte er fast kein Echo. Aber mit der Unzufriedenheit und dem Hass gegen die Liberalen wuchs die Popularität Carols. Man vergaß sein Tun und seine Bestrebungen und sah nur mehr seine antiliberalen Einstellung. Ein Großteil der bürgerlichen Parteien hatte kein Vertrauen zur eingehenden Kraft und zu den demokratischen Methoden, aber auch nicht Mut zu anderen Methoden, um die Demokratie zu erreichen, und so bedienten sie sich der Person Carols, um aus ihm ein Idol zu machen und so die antiliberalen Stimmung bei den Bauern zu stärken. Wenn auch keine einzige Partei die Rückkehr Carols erfüllt will und ihnen das Spiel mit dieser Forderung nur ein Mittel zum Zweck ist, so gibt es doch heute schon eine starke faschistische Bewegung in Rumänien, auch wenn ihr Vorhandensein abgestritten wird. Diese Bewegung ist keineswegs auf Offiziere und Studenten beschränkt, sie hat breite Bauernmassen ergriffen und man hört nicht selten, daß die Bauern von der Rückkehr Carols eine neue Agrarreform erwarten.

So hat sich folgende Situation herausgebildet: Die Averescu, eine Abenteuergruppe, die die längste Zeit im Dienst der Liberalen gestanden war und deren Politik gemacht hatte, wollten sich kurz vor dem Ende des Königs Ferdinand selbständig machen; sie hatten sich bereits die außenpolitische Unterstützung Italiens gesichert und im Inland alles zu einem Putsch vorbereitet, als Bratianu im letzten Augenblick Averescu seine Entlassung mitteilte. Er nahm damit Averescu die Möglichkeit, etwas zu unternehmen. Aber er mußte mit der Stimmung der Bevölkerung rechnen und begnügte sich daher in jenem Augenblick mit einem Koalitionsabkommen, in welchem auch Nationalzarenisten saßen. Erst nach einigen Wochen übernahm er allein die Regierung. Er machte dann die Wahl, bei denen er zu stark siegte. Von da ab sah er ein, daß ein Wahlergebnis allein noch keine Sicherung der Macht bedeute, und erkannte, daß die dynastische Frage ihm in dieser Situation gefährlich werden könnte. So hat er immerfort die Nationalzarenisten, die einzige große Oppositionspartei, mit Zuckerbrot und Peitsche für sich zu gewinnen versucht. Vergebens, denn die Nationalzarenisten fürchteten auf Grund ihrer Erfahrungen jedes Bündnis mit Bratianu und begannen überdies zu erkennen, daß jetzt eine Gelegenheit für sie war, selbst zur Macht zu kommen.

So kam es zur Aßjäre des Unterstaatssekretärs Averescu, Manolescu. Dieser war keineswegs der einzige Dolmetscher und Vermittler für Carol, vor ihm waren viele nationalzarenistische Führer bei ihm, aber in Manolescu hoffte Ionel Bratianu den Nationalzarenisten ein Merkmal zu geben. Diese rütteten gerade zu einer Reichsversammlung in Alba Julia, der historischen Stätte, mit der nicht nur der revolutionäre Kampf der Rumänen gegen die magyarische Oligarchie verknüpft ist, sondern auch der Ort, an dem die Vereinigung mit Ultrrumänen verkündet und später die Krönung des ersten Königs von Großrumänien stattfand. Alba Julia wurde zu einem Symbol. Überall rüstete man sich zur Fahrt. Nicht nur Nationalzarenisten, sondern fast die ganze Bevölkerung Siebenbürgens und des Banats vor allem wollten Delegationen entsenden und aller Orten erwartete man von dieser Versammlung entscheidende Beschlüsse für den Kampf gegen die Liberalen. Die einen verkündeten, daß von nun ab der Gewalttätigkeit der Liberalen die eigene Gewalttätigkeit entgegengesetzt werden müsse, die anderen spielten mit dem Gedanken einer Autonomie und viele heuteten die Rückkehr Carols an.

Die Versammlung in Alba Julia machte den Liberalen große Sorgen und sie versuchten alles, um die Nationalzarenisten von ihrem Plan abzubringen. Selbst wenn diese es gewollt hätten, wäre es dazu zu spät gewesen. Der Gedanke hatte bereits die Massen ergriffen. Viele der Nationalzarenisten begannen aber vor dem Umfang der karlistischen Bewegung zu erschrecken und ihre besten Köpfe fürchteten, daß aus dem Mittel ein Zweck werden könne. In Interviews wurde verkündet, daß das Problem Rumäniens nicht die dynastische Frage, sondern die Diktatur Bratianus sei. Die Verhaftung Manolescus wegen karlistischer Propaganda war also nur ein Schachzug im Kampf der Liberalen gegen die Nationalzarenisten. Sie ließen Manolescu vor das Kriegsgericht in Bukarest stellen, weil sie den anderen Kriegsgerichten nicht mehr trauten. Wer auch dieses Gericht hat sich für die Liberalen als unzuverlässig erwiesen. Manolescu wurde freigesprochen und der Prozeß hat nur dazu beigebracht, die karlistische Bewegung zu fördern.

Der nächste Schritt der Liberalen war das Verbot des Kongresses von Alba Julia und die Schaffung eines Gesetzes, welches jede karlistische Bewegung unmöglich machen, in Wahrheit aber die Diktatur der Liberalen legalisieren soll. Rumänien besitzt bereits ein Gesetz zur Sicherheit des Staates, das seinerzeit an dieser Stelle seine Bedeutung fand. Wendet sich jenes Gesetz gegen jeden Versuch internationaler Propaganda und sozialistischer Tätigkeit, so ist das neue Gesetz ausdrücklich gegen die Gewalttätigkeit gerichtet. Es heißt darin: Wer eine Aktion unternimmt oder zu unternehmen versucht wird gegen die Unverletzlichkeit der Person des Königs, gegen die gesetzliche Ordnung der Thronfolge oder die Regierungsform, wie sie durch die Verfassung festgelegt ist; ebenso „wer immer Agitation enthalten oder zu enthalten versuchen wird“, aus der sich eine Gefahr für die Sicherheit des Staates, wie sie durch die Gesetze festgelegt ist, ergeben könnte, der wird mit Gefängnis bis zu fünf Jahren, mit einer Geldstrafe bis 100 000 Lei und mit dem Verlust der bürgerlichen Rechte bestraft. Ebenso werden bestraft jene, die „tendenziöse Nachrichten“ verbreiten hinsichtlich einer Änderung der gesetzlichen Ordnung der Thronfolge oder Regierungsform, wie sie durch die Verfassung festgelegt sind.

Aus dem Wortlaut des Gesetzes geht klar hervor, daß damit der Willkür Tür und Tor geöffnet sind. Jede Nachricht und jede Tätigkeit kann als ein Versuch gegen die Sicherheit des Staates

ausgelegt werden. Jeder Versuch, ein bestehendes Gesetz auszulegen, kann bestraft werden. Jede Kritik an der liberalen Regierung kann als ein Verbrechen geahndet werden. So haben die Liberalen im Kampf gegen den Faschismus der Karlisten ihre Diktatur legalisiert, und sind entlossen, diese tüdsichtlos anzuwenden. So ist die einzige bürgerliche Partei in Rumänien die nationalzarenistische, in die Gefolgschaft der Karlisten geraten. Darin liegt eine ernste Gefahr. Noch können die Nationalzarenisten die liberale Diktatur abschütteln, ohne dazu beizutragen, daß ein anderer Faschismus ausgerichtet werde. Noch können sie dank dem großen Anhang, den sie besitzen und ihrer geschichtlichen Aufgabe, an Stelle der obligatorischen Diktatur, eine bürgerliche Entwicklung setzen, aber dazu gehört Entschlossenheit und Wille zur Demokratie. Morgen schon kann es zu spät und die Nationalzarenisten zu Gefangenen ihrer Kampfmittel geworden sein. Jedenfalls kann die augenblickliche Lage nicht lange bestehen.

Und die Arbeiter? Dank der liberalen Wahlmethoden sind sie zwar ohne parlamentarische Vertretung geblieben, aber ihr politischer Einfluß besteht trotzdem weiter und sie bemühen sich, die Entwicklung dahin zu bringen, daß aus dem Kampf gegen die Liberalen nicht eine neue Diktatur entstehe. Sie sind sich klar darüber, daß die Liberalen unbedingt gestürzt werden müssen, aber ebenso, daß die Zeit für eine demokratische Entwicklung reif ist. Die Arbeiterbewegung selbst ist im letzten Jahr sehr erstaunt. War es schon möglich, seit den Wahlen 1926 bis zu denen des Jahres 1927 trotz aller Gewaltmaßnahmen und Urnenstiehle die sozialdemokratischen Stimmen um 10 000, also 25 Prozent, zu erhöhen, so sind seither alle sozialdemokratischen Organisationen gewachsen. Die Zahl der Parteimitglieder ist im steten Zuwachs, eine ganze Reihe politischer Gewerkschaftsgruppen ist wieder zur Partei zurückgeführt. Eine Reihe politischer Versammlungen und große Propagandatätigkeiten ist für die nächste Zeit geplant. Kein Zweifel, daß das neue Gesetz, gemacht gegen die Karisten, bald gegen die Sozialdemokraten angewendet werden wird. Mit Paragraphen hat man noch nie Bewegungen gehemmt und an Verfolgungen ist man in Rumänien gewohnt. Ist man bisher illegal geprügelt worden, so wird man künftig legal eingesperrt werden. Das ist der ganze Unterschied. Die Kämpfe zwischen Diktatur und Faschismus könnten nicht darüber hinwegsehen, daß sich in Rumänien die wirtschaftlichen Notwendigkeiten durchsetzen beginnen und daß auch hier eine neue Zeit beginnt, die wesentlich unter dem Einfluß der demokratischen Fortschritte im Westen stehen wird.

Ungarn und die Revision der Friedensverträge

Horváth-Ungarn erachtet die Zeit für eine erhöhte und aktive außenpolitische Tätigkeit für gekommen. Der sonst in Wörtern so vorsichtige Graf Bethlen hat in einer Rede, die er dieser Tage hielt, die Ziele dieser auswärtigen Politik vielleicht mit allzu großer Klarheit dargelegt. Er sagte, das Ziel der ungarischen Politik sei, die „Einheit der ungarischen Nation“ wiederherzustellen, und um seine weitgestellten Ziele noch zu unterstreichen, erinnerte er an das Beispiel Cavaours und Bismarcks, die den Kampf um die nationale Einheit ihrer Völker, wenn auch in unvollständiger Form, doch zu einem wenigstens vorläufigen Abschluß brachten. Graf Bethlen meinte also, daß sich die magyarische Nation heute in der Lage befindet, in der sich das deutsche und italienische Volk bis zum Jahre 1870 befanden. Er sagte auch, daß in der modernen Politik der heutige Staatsmann nur mit der Unterstüzung alter Klassen des Volkes geführt werden könne.

Graf Bethlen rechnet dabei auf die Unterstützung der demokratischen Parteien in der Welt, die die imperialistischen Friedensverträge als politische Werkzeuge der Versklavung ganzer Völker hassen und in ihnen Instrumente des Unrechts erblicken. Der Bethlen seine Brunnenerklärung in großem Maßstab betrachtet, ist es notwendig, zu sagen, daß an den Friedensverträgen außerordentlich vieles revisionsbedürftig ist, daß sie aber, soweit sie den österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaat zerstören, in einer durch den Krieg und den Imperialismus verfälschten, von strategischen und militärischen Erwägungen überspannten Form dennoch ein notwendiges und nicht zurückzurüttelndes Werk vollbracht haben. Wenn Graf Bethlen an Cavour und an Bismarck erinnert, dann sind die Namen in seinem Munde nur Zug und Trug. Nicht nur, weil sich Cavour mit den liberalen, antiklerikalen, demokratischen Bewegung des damaligen Europa verbündet und sogar Bismarck zum politischen Fundament seines kleindeutschen Reiches das allgemeine, geheime Wahlrecht machte, also beide mit den Mitteln der „Revolution von oben“ dem Ziele der nationalen Einheit nachstreben; vor allem sind die Namen Bismarck und Cavour deshalb in dem Munde des Grafen Bethlen falsch, weil nicht er, sondern die politischen Baumeister der von ihm bekämpften neuen Nationalstaaten — so verschleiertartige Männer sie auch sein mögen und so sehr sie sich auch teilweise mit der Schmach der sozialen Unterdrückung beflecken —, weil die Masaryks, die Basics, ja sogar die Bratianus die logistischen Fortpflanzer der Bismarschen und der Cavaurschen Politik sind.

Die Einheit der ungarischen Nation, das war die Verhinderung der nationalen Einheit des jugoslawischen, des tschechoslowakischen, des rumänischen, des deutschen Volkes. Das war die Herrschaft des ungarischen Adels nicht nur über das eigene Volk, sondern auch die Knechtung des slowakischen und rumänischen Bauern, was der numerus clausus für die Intelligenz aller dieser Nationen, die künstliche Verhinderung der Industrialisierung der von diesen Nationen bewohnten Gebiete, es war die brutalste gewalttätigste, kulturwidrigste Fremdherrschaft über die die Mehrheit der Bevölkerung bildenden geschichtlosen Nationen!

Obwohl nach den Ergebnissen der ungarischen Volkszählung von 1910 die Magyaren nur etwa 48 Prozent der ganzen Bevölkerung bildeten, gab es in Ungarn dem Wortlaut des Gesetzes nach nur eine „einige, einheitliche magyarische Nation“. Durch die Verhinderung des Völkerberkers ist Ungarn erst zu dem geworden, was es zu sein immer vorgab: zu einem einheitlichen Nationalstaat der magyarischen Nation. Dazu diente die Grenzen nicht immer und überall nach dem ethnographischen Prinzip gegen wurden, daß also magyarische Minderheiten unter Fremdherrschaft gerieten, soll zugegeben werden. Aber auch das muß festgestellt werden, daß der größere Teil der Städte, der da in Betracht kommt, erst in den zwei letzten Jahrhunderten gemäßigt und auch da nur teilweise magyarisirt wurde — man denke nur an Preßburg, ja an Budapest selbst! — und daß sich überdies die Magyaren eben als die herrschende und bestehende Klasse über das ganze Land verstreuten, durch gewaltsame Kolonisation Sprachinseln schufen, die in einem großen anderssprachigen Meer eingebettet sind. Die einzige wirklich bedeutsame Ausnahme bilden die 700 000 Szekler, aber auch sie sind, wenn auch eine große, so doch nur Insel in dem rumänischen Bauernmeer und von ihnen

führt ohne die Verstörung des rumänischen Bauernstaates keine Brücke zu der nationalen Einheit des Grafen Bethlen. Wie es nun keinem verständigen Menschen einfallen wird, die Einheit der deutschen Nation bis auf die Vereinigung mit den Siebenbürgen Sachsen oder den Zipsern in der Tschechoslowakei auszudehnen, so liegt auch die Lösung der Frage der magyarischen Minderheiten nicht in dem auch sonst unmöglichen Wiederaufbau des Völkerberkers der magyarischen Grafen...

Die schlichte Wahrheit ist, daß in Osteuropa noch weniger als anderswo auf dem Kontinent reine nationale Staaten möglich sind; dazu war dieses Gebiet allzu sehr der ununterbrochenen Ebbe und Flut der Völkerwanderungen ausgesetzt, die ihre Niederschläge überall ließen. Man kann nur fragen: welche staatliche Ordnung bedeutet das geringere nationale Unrecht? Und man kann nur fordern, daß den nationalen Minderheiten, deren Existenz durch keine wie immer geartete Grenzziehung aufgehoben werden kann, alle Rechte der kulturellen Autonomie und Selbstverwaltung werden. Es ist kein Zweifel möglich, daß nationale Unrecht, das durch den Frieden von Trianon nicht befeitigt werden konnte, ist unvergleichlich kleiner als jenes, das Graf Bethlen wieder herstellen möchte.

Nicht darin besteht die Unerträglichkeit der nationalen Zustände Osteuropas, daß gemischte Siedlungsgebiete unter einer neuen Staatsherrschaft kamen, sondern darin, daß diese neuen Staaten die politischen und sozialen Rechte der Minderheiten mit Füßen treten, daß sie sich aus Schöpfungen der nationalen Revolution in Zwingerburgen der Reaktion gewandelt haben. Aber gegen sie Sturm zu laufen und sich der Welt als Leidtragender vorzustellen, hat gerade ein einziger Staat kein Recht: der Staat des Grafen Bethlen, der das eigene Volk auch heute noch schlechter behandelt als seine Klassengenossen in den neuen Nationalstaaten die nationalen Magnaten! Der magyarische Bauer und Arbeiter in der Slowakei haben doch das allgemeine, geheime Wahlrecht, das Graf Bethlen den ungarischen Bauern und Arbeitern noch immer verweigert!

Filippo Turati 70 Jahre alt

Jubiläumsfeier im Cgl.

Am 26. November feierte in Paris als politischer Flüchtling der Führer der italienischen Sozialistischen Partei, Genosse Filippo Turati, seinen 70. Geburtstag.

Vor Jahresfrist entkam er, trotz schärfster Überwachung durch Polizisten und Spione, die seine Mailänder Wohnung Tag und Nacht belagerten, den Schergen Mussolinis. Mit Hilfe treuer Freunde, die, obwohl sie zum Teil nicht einmal der Partei angehören, ihr Leben für seine Freiheit eingesetzt, entkam er nach Korsika. Seitdem lebt Turati teils in Südvorfrankreich, teils in Paris, und entschert, soweit es ihm sein Gesundheitszustand gestattet, eine für einen Siebzigjährigen erstaunliche Aktivität für die schwer geprüfte Sache der italienischen sozialen Demokratie.

Kein höheres Lob konnte ihm zuteil werden als die Wut, die Mussolini zeigte, als er vor der geplünderten Flucht seines gefürchteten Gegners erfuhr. Die Freunde und Helfer wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet und angeklagt, aber ihre tapfere Verantwortung machte sogar auf das faschistische Gericht Eindruck, das sie zu relativ niedrigen Strafen verurteilte.

Turati ist nicht nur einer der klügsten Köpfe, einer der besten Redner und Schriftsteller der italienischen Demokratie, er ist auch ein Mann von solcher moralischer Größe, daß sein Ansehen weit über die Kreise der Partei und der Arbeiterbewegung außerordentlich stark ist. Die Arbeiter ebenso wie die bürgerlichen Intellektuellen verehren in ihm den Mann aus adeliger Abstammung und reicher Familie, der vor Jahrzehnten seine Kraft und sein Vermögen ganz in den Dienst des Sozialismus gestellt hat. Seis, wenn es gilt, Opfer zu bringen, Mut zu zeigen — so auch im Weltkrieg, wo er für die Neutralität eintrat — stand Turati in den vordeinsten Reihen. Leider wurden nach dem Kriege seine Ratschläge und Warnungen überhört: die radikalen Demagogen gewannen in der Arbeiterchaft die Oberhand mit dem Resultat, daß die Gelegenheit zur wirksamen Verteidigung des demokratischen Staates versäumt wurde und daß schließlich der Faschismus siegte.

Wie groß das Ansehen ist, das Turati über die eigene Partei hinaus genügt, zeigte sich vor zwei Jahren, als seine langjährige Lebensgefährtin Anna Kulischoff in Mailand zu Grabe getragen

wurde. Trotz der schon damals drückenden Faschistenherrschaft folgten Tausende von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten dem Sarge; neben den Arbeitern sah man bürgerliche Politiker von Ruf, wie den Senator Albertini, den damaligen Besitzer des "Corriere della Sera", und zahlreichen Universitätsprofessoren, die gerade bei dieser Gelegenheit ihre moralische Solidarität mit den verfolgten italienischen Sozialisten befunden wollten.

So ist Filippo Turati für die italienische, ja für die europäische Demokratie zu einer Art Symbol geworden. Der Siebzehnjährige, zu dessen Ehren die zahlreichen in Paris versammelten italienischen Flüchtlinge am Sonntag abend eine schlichte Feier veranstalteten, verkörpert den unbeugsamen Willen der italienischen Volksmassen, für die Wiedergewinnung ihrer Freiheit auch unter den schwersten Umständen zu kämpfen.

So enthielt auch die deutsche Sozialdemokratie dem Genossen Turati ihren herzlichen Gruß und Glückwunsch. Sie geht mit der gesamten sozialistischen Arbeiterinternationale die feste Hoffnung, daß der Tag nicht fern sein möge, an dem der anerkannte Führer des italienischen Sozialismus wieder auf freiem italienischen Boden im Interesse jener italienischen Arbeiterklasse wird wirken können, die ihm so vieles verdankt.

Wiedererstarken der sozialistischen Bewegung in Jugoslawien

Bei den letzten Parlamentswahlen in Jugoslawien ist es gelungen, trotz der politischen Reaktion und der kommunistischen Geheimorganisation einen sozialistischen Vertreter ins Parlament zu entsenden. So erlöste nach drei Jahren wieder sozialistische Kritik im Belgrader Parlament. Genosse Josip Pešić, der seit langem Leben lang als Gewerkschafts- und Parteivertreter tätig war, hat auch seine parlamentarische Tätigkeit mit großem Geschick begonnen. Er zwang die Regierung und die bürgerlichen Parteien, eine Reihe lebenswichtiger Fragen im Parlament zu besprechen und ihr wahres arbeiterfeindliches Gesicht zu zeigen. So wurden erörtert: Der Abbau des Wohnungsschutzes, die Nichtdurchführung der Arbeitslosenversicherung, der Abbau der Arbeitsvermittlungssämter, der Abbau der Selbstverwaltung der Arbeiterversicherung usw. Es ist charakteristisch, daß sich nicht nur die bürgerlich-nationalistischen Parteien, sondern auch die Konservativen und besonders scharf der Bauernführer Radibeg gegen die Arbeiter und ihre Forderungen gewendet haben. So klärt sich die politische Lage und wird der Weg frei für die Sammlung der Arbeiter um die sozialistische Partei. Die erneute parlamentarische Tätigkeit hat den lokalen Parteigruppen frischen Impuls gegeben. Im ganzen Lande läuft sich eine Belebung der sozialistischen Arbeiterbewegung deutlich feststellen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250

Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15–12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Rauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitanlage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45–14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Presseberichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitanlage, Wetterbericht, neueste Presseberichten und Sportfundienst.

Mittwoch, den 30. Nov. 1927: 16.30–18: Liedernachmittag. — 18: Übertragung aus Gleiwitz: Abt. Zeitungswesen. — 18.30: Übertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend: Funksicherung. — 19–19.30: Der Tag des Parlamentariers. — 19.30–20: Hans Bredow-Schule. Abt. Erdkunde. — 20.10: Der Dichter als Stimme der Zeit. — 21: Zwei Grotesken von Kurt Goetz. — 20.30: Schallplattenkonzert der Firma Felix Kaiser.

Warschau – Welle 1111.
Mittwoch, 15: Wetter- und Landwirtschaftsbericht. 16: Vorläufe. 18.15: Nachmittagskonzert. 19: Landwirtschaftlicher Bericht. 19.15: Verschiedenes. 20.30: Abendkonzert. 22.30: Tanzmusik.

Bién – Welle 517,2 und 577.

Mittwoch, 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17: Kinderstunde. 18: Kraftfahrwesen. 18.30: Die Bewertung von Minnern und Umschäften in der Fischsucht. 19.30: Der Schlag. 20.30: Anzengruber-Zeiter. Leichte Abendmusik.

Rom – Welle 450.

Mittwoch, 17.30: Wie Dienstag. 20: Deutsch. 20.40: Vocal- und Instrumentalkonzert. 22.55: Wie Dienstag. Anderes Programm: Wie Montag.

Bern, Welle 411 – Basel, Welle 1100.

Mittwoch, 16: Orchester. 16.30: Kinderstunde. 19.30: Medizinischer Vortrag. 20: Sonaten-Abend. 21.20: Orchester.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Dienstag, den 29. 11. 1927, spricht im Hotel Central, abends 7½ Uhr, Genosse Karg über Radio. Da der Vortrag ein höchst aktuelles Interesse hat, so ist zahlreiches Erscheinen Pflicht.

Bismarckhütte. Am 29. 11. abends 7½ Uhr, findet ein Vortrag des Herrn Studienrats Birkner statt. Thema: "Bildung" und "Die Arbeiter-Hochschule in Norwegen". Vortragslokal: "Arb.-Kofino Krol. Huta, ul. Gymnazjalna 35 (h. Paschek).

Schwientochlowitz. Am Freitag, den 2. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im Lokal des h. Scholtysek, Langestraße Nr. 17, ein Vortragsabend des Bundes für Arbeiterbildung statt. Referent Dr. Wolf.

Königshütte. Am Mittwoch, den 30. November, abends 7½ Uhr, findet im Büfettzimmer des Volkshauses ein Vortrag des Genossen Dr. Bloch über "Glaube und Wissenschaft" statt. Hierzu wird um vollzähliges Erscheinen ersucht.

Friedenshütte. Der nächste Vortrag wird nicht am 1. Dezember, sondern am 29. November, um 7½ Uhr im Poststrassen-Lokal stattfinden. Referent ist der Sejmabgeordnete Buchwald. Das Thema, ein besonderes, wird am Vortragsabend bekanntgegeben. Da es die leichten Vorträge in diesem Halbjahr sind, versäumt niemand, sie anzuhören.

Nikolai. Am Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr, findet der 4. Vortrag des Bundes für Arbeiterbildung im Vereinslokal Ciossek statt. Thema: "Jugendbestrebungen". Referent: Genosse Birghan. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Gäste willkommen.

Vereinigungskalender

Kattowitz, T. V. „Die Naturfreunde“. Am Freitag, den 2. Dezember d. J., findet im Saal des Centralhotels, abends 7½ Uhr, unsere fällige Monatsversammlung statt. Nach derselben folgt ein Lichtbildervortrag über „Wandern durch Oberschlesien“. Wir ersuchen alle Mitglieder pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Hunderennbahn in Berlin

Zwischen Vertretern des Hundesportes und dem Berliner Fremdenverkehrsamt haben in letzter Zeit Verhandlungen über die Errichtung einer Hunderennbahn stattgefunden. Die Durchführung des Planes scheint nach dem Stand der Verhandlungen

gesichert zu sein. Die Hunderennen sollen nach englischem Muster hinter künstlichen und elektrisch betriebenen Hasen stattfinden. Selbstverständlich ist auch, genau wie in England, Totalisatorbetrieb berücksichtigt. Die Wettsumme bei den englischen Hunderennen belauft sich schon auf mehrere Millionen Pfund und nicht weniger als 90 Geschäftshäuser betreiben in England mit einem Kapital von 22 Millionen Mark Hunderennen. Für Hunde, die als guter Renner bekannt sind, werden ungemeine Preise gezahlt.

Die gesprungene Glocke.

Eine der ältesten mit Inschriften versehenen Glocken Deutschlands, die Bitus-Glocke des Münsters in München-Gladbach, hat beim Rauten einen Sprung erhalten, der vom unteren Rande bis ungefähr an die Glockenkrone reicht. Wahrscheinlich wird es notwendig werden, die Glocke umzugießen. Nach der Inschrift stammt die Glocke aus der Zeit 1024–1067, blieb also auf ein Alter von rund 900 Jahren zurück.

Der Schatz in der Schloßruine.

Ein höchst romantisches Abenteuer versetzt die Bevölkerung der aus dem Weltkrieg belasteten Stadt Pont à Mousson in größte Aufregung. Ein Händler, der eine alte Bibliothek erworben hatte, warf ein altes Gebetbuch ins Feuer, um es zu verbrennen. Als der Leidereinband infolge der Hitze zerriß, traten in ihm verborgene Bergamente zum Vorschein. Dem glücklichen Finder gelang es, die Dokumente den Flammen zu entziehen. Es handelt sich um zwei Schriftstücke. Das eine ist ein Testament aus dem Jahre 1622, in dem der Graf von Savary kurz vor seinem Tode die Kirche zu seinem Universalerben einsetzte. Das zweite Schriftstück enthält einen genauen Plan der Ruine des Teufelschlosses von Mattheile, das im 30-jährigen Kriege zerstört wurde. Ein Kreuz bezeichnet den Ort, wo der Graf seine Schädel vergraben hat. Neben Schmuckstücken von ungewöhnlichem Wert sollen hier etwa 40 Millionen Goldstücken, beim heutigen Währungsstand etwa 250 Millionen Franken, ruhen. Der Bücherhändler und der Bürgermeister von Pont à Mousson, der für die Durchführung der Arbeiten 8000 Franken zur Verfügung stellte, haben die Nachgrabungen bereits vor längerer Zeit aufgenommen. Da an der Echtheit der Dokumente nicht gezwifelt wird, fürchten die Schatzgräber weniger einen Mizzenfall, als daß die Kirche ihr Vermächtnis beanspruchen oder der Staat 60 Prozent Erbschaftssteuer verlangt. — Mögen die Berichterstatter die Angelegenheit auch, um sie recht interessant zu gestalten, ein wenig ausgeschmückt haben — wenn die Geschichte wahr ist, beweist sie jedenfalls, daß das Leben ebenso romantisch unterhaltsam sein kann wie ein Schubroman von der hintersten Hintertreppe.

Wie im Kino.

Das Saalestädtchen Naumburg ist zum Schauplatz eines nicht alltäglichen Liebesromans geworden, in dessen Mittelpunkt die 21 Jahre alte Fabrikarbeiterin Lisbeth Keppler steht. Sie ist Vater in einer Kammfabrik. Um das Einerlei ihrer täglichen Beschäftigung etwas abwechslungsreicher zu gestalten, fügte sie einer Sendung nach Amerika einen Gruß aus der deutschen Heimat mit ihrer Adresse bei. Tatsächlich kam die Sendung in den Besitz eines Deutschamerikaners in einem Vorort von New York. Der 23 Jahre alte Chauffeur Robert Preß, der Schwager des Empfängers, der vor sieben Jahren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgewandert ist, erwiderte die Grüße, und zwischen Naumburg und New York entspann sich ein Briefwechsel und ein Austausch von Photographien. Als der junge Mann das Bild des Mädels aus Naumburg erhalten hatte, entschloß er sich zu einer Fahrt nach der alten Heimat. Hier ließ die Verlobung nicht lange auf sich warten, und in kurzer Zeit wird die 21jährige, deren Vater Arbeiter im Leuna-Werk ist, ihrem Verlobten nach der neuen Welt folgen.

Berantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inserateiteil: Anton Rzytka, wohnhaft in Katowice. Verlag: "Freie Presse" Sp. z ogr. o.p., Katowice; Druck: "Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. o.p., Katowice. Kościuszki 29.

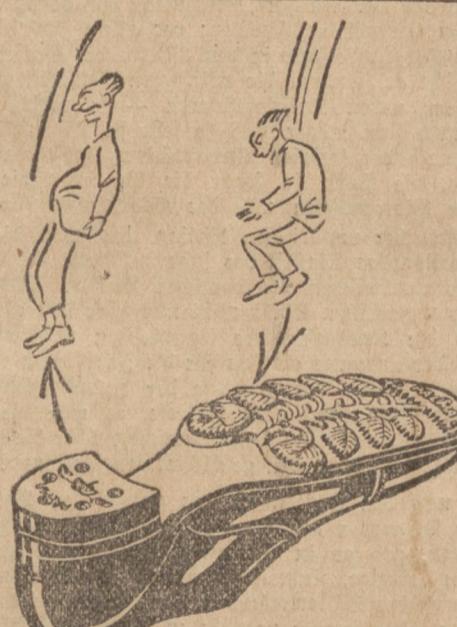
Seifen- und Schuhcrem-Fabrikation

im Hause richten wir ein.

Dauernde und sichere Existenz,
besondere Räume nicht nötig.

Auskunft kostenlos. — Rückporto erwünscht.

Chemische Fabrik Heinrich & Münker
Zeitz-Aylsdorf



PALMA
KAUTSCHUK-ABSATZ
UND -SÖHLE
WETTERFEST - ELASTISCH -
HYGIENISCHE

Wir bitten unsere werten Leser
unseren möglichst rechtzeitig
in der Geschäftsstelle aufzugeben.



Best. 64% Acid. acat. 3 salic. 0486% Chin. 12,6% Iodium ad 100 Amyl.

Bon Rheuma, Gicht Kopfschmerzen, Ischias und Hexenschuß

sowie auch von Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, Influenza, Grippe und Nervenschmerzen befreit man sich durch das hervorragend bewährte Jogal. Die Jogal-Tabletten scheiden die Harnsäure aus und gehen direkt zur Wurzel des Übels. Jogal wird von vielen Ärzten und Kliniken in Europa empfohlen. Es hinterläßt keine schädlichen Nebenwirkungen. Die Schmerzen werden sofort behoben und auch bei Schlaßlosigkeit wirkt Jogal vorsätzlich. In all. Apoth.

Werbet stets neue Leser für den „Boltswille“!

Wein-,
Kognak- und Likör-
ETIKETTEN
Vertreter-Besuch bereitwilligst
„VITA“ nakład drukarski
Spółka z ogranicz. odpowiedz.
Katowice, ulica Kościuszki 29
Tel. 2097